

# Rat *für* Migration

Rat für Migration: Politische Essays zu Migration und Integration  
1/2007

## **Einwanderungsland USA? *Zwischen NAFTA und Terrorismus***

Berndt Ostendorf



**Politische Essays zu Migration und Integration** || ISSN 1864-9289

herausgegeben vom

**Rat für Migration e. V. (RfM)** || [www.rat-fuer-migration.de](http://www.rat-fuer-migration.de)

**Redaktion:** Prof. Dr. Michael Bommers (verantwortlich), Vorsitzender RfM  
Simon Fellmer

Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS)  
Universität Osnabrück  
Neuer Graben 19/21  
D-49069 Osnabrück  
Telefon: +49 (0) 541 969 4916  
Telefax: +49 (0) 541 969 4380  
Mail: [soz-imis@uni-osnabrueck.de](mailto:soz-imis@uni-osnabrueck.de)

## **Einwanderungsland USA? *Zwischen NAFTA und Terrorismus***

Berndt Ostendorf

Amerika-Institut  
Ludwig-Maximilians-Universität München  
b.ostendorf@lrz.uni-muenchen.de

### **Zusammenfassung**

Nach den Anschlägen auf das World Trade Center am 11. September 2001 kam es zu einer Neu-Organisation der amerikanischen Einwanderungsbehörden. Diese ist Ausdruck des zunehmenden Fokus auf den Sicherheitsaspekt, unter dem das Thema Einwanderung auch in den USA seitdem verstärkt gesehen wird. Die Ereignisse von 9/11 werden von Politikern zunehmend für die Einwanderungsdebatte instrumentalisiert. Dieses Essay stellt den aktuellen Stand der amerikanischen Einwanderungsdebatte dar: Welche Positionen werden von welchen Politikern und Institutionen vertreten, welche Konzepte legen sie vor, wie sind die Gewichte im ideologischen Kräftefeld verteilt. Was denkt die amerikanische Bevölkerung zum Thema Einwanderung und was wirkt auf ihr Meinungsbild ein. Der Autor gibt einen Überblick über die derzeit gültige Gesetzgebung sowie aktuelle Einwanderungsquoten und stellt die Vorschläge der Einwanderungsgegner und -befürworter vor.

Bei einem geschichtlichen Rückblick zeigt er auf, welche Ziele die US-Politik in der Vergangenheit mit ihrer Einwanderungsgesetzgebung verfolgte und welche unintendierten Konsequenzen aus der Gesetzgebung teils resultierten.

## Inhalt

|  |    |
|--|----|
| 1. Die Neuorganisation der Einwanderungsbehörden nach 9/11   | 1  |
| 2. Kennzeichen der US-Einwanderungsdebatte   | 2  |
| 2.1 Die neue Ratlosigkeit ist eine Konsequenz der Globalisierung<br>im Spannungsfeld zwischen neoliberalen Wirtschaftsinteressen<br>und nationaler Identität | 2  |
| 2.2 Einwanderungspolitik ist ideologisch ambivalent<br>und lässt sich nur schwer politisch instrumentalisieren   | 4  |
| 3. Die Debatte zur Einwanderungspolitik hat sich von den Parteien<br>in die allgemeine Öffentlichkeit verlagert  | 5  |
| 4. Migration Mismanagement 1965–2007? Das Gesetz der unintendierten Konsequenzen oder<br>›A legacy of the unforeseen‹  | 6  |
| 5. Einwanderungsland USA: Quoten, gültige Gesetzgebung und behördliche Praxis  | 16 |
| 6. Aktuelle Einwanderungs- und Gesetzgebungsdebatte  | 19 |
| 6.1 Derzeitiger Zustand des ideologischen Kräftefelds für und wider die Einwanderung   | 22 |
| 6.2 Was denken die ›Durchschnittsamerikaner‹ über die Einwanderung   | 25 |
| 6.3 Konzepte der radikalen Einwanderungsgegner und -befürworter  | 26 |
| 7. Ausblick  | 27 |
| Literaturauswahl   | 29 |



*»Americans have celebrated their immigrant past but dread the immigrant present.«*

*Daniel Tichenor*

## **1. Die Neuorganisation der Einwanderungsbehörden nach 9/11**

Am 1. März 2003 wurde der ›Immigration and Naturalization Service‹ (INS), der bis 1940 im ›Department of Labor‹, danach im Justizministerium angesiedelt war, dem neu geschaffenen ›Department of Homeland Security‹ (DHS) unterstellt. Die Funktionen des alten INS wurden neu sortiert und dreigeteilt. Die Verwaltung der Einwanderung, ›Legal Permanent Residence‹, Green Cards, Einbürgerung und Asyl wurde in die Verantwortung des ›Bureau of U.S. Citizenship and Immigration Services‹ (USCIS) gelegt. Die juristische Durchsetzung, die Kontrolle und die Abschiebung wurden abgetrennt und mit den alten Abteilungen ›US Customs Investigators, Federal Protective Service und Federal Marshal Service‹ zur ›US Immigration and Customs Enforcement‹ (ICE) fusioniert. Die Aufgabe der Grenzüberwachung wurde als ›US Customs and Border Protection‹ (CBP) in einer eigenen Abteilung konsolidiert. Etwa 15.000 Beamte sind in etwa 250 zentralen und regionalen Büros tätig, viel zu wenig, wie Insider immer wieder beklagen (Papademetriou 2003).

Die Frage stellt sich, was hat sich geändert? Die Einrichtung von ›Immigration and Customs Enforcement‹ und der ›US Customs and Border Protection‹ kann sicherlich als eine Aufwertung der Kontroll- und der Grenzüberwachungsbürokratie gesehen werden. Seit 9/11 wird die Einwanderungspolitik nicht nur als ein wichtiger Aspekt des Arbeitsmarktes, sondern verstärkt als eine Funktion der nationalen Sicherheitspolitik gesehen. Interessanterweise gibt es auch eine neue Diskussion zu einer amerikanischen Leitkultur (Ostendorf 2005). Die Bewertungen hierzu gehen weit auseinander. Die einen sprechen von einem echten Paradigmenwechsel, andere von einer für die amerikanische politische Kultur so typischen ›Creedal Passion‹, die zu Krisenzeiten anschwillt, aber auch wieder abschwellen wird (Grell). Für die Durchschnittsamerikaner befand sich die Einwanderung, etwa bei Wahlen, immer auf einem der letzten Plätze ihrer politischen Prioritäten. Nach 9/11 rückte die Einwanderungsdebatte zwar stärker ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit, sie wurde aber auch im Kräftefeld der wachsenden politischen Polarisierung bewusst instrumentalisiert (McCarty u.a. 2006; Anon 2003). In beiden Häusern des Kongresses war die Einwanderung allerdings schon seit 1965 ein kontroverser Dauerbrenner und ein relativ unbeliebter dazu, dessen Bearbeitung deswegen oft ans Ende der Sitzungsperioden rückte.

Insgesamt kann man als Reaktion auf 9/11 von einer Re-Nationalisierung der Prioritäten und von einem Verlust der historischen Gelassenheit der Amerikaner sprechen. Das Schüren von Furcht, seit dem Terrorangriff auf das World Trade Center bei bestimmten politischen Interessengruppen sehr beliebt, ist nunmehr auch wesentlicher Antrieb der neonativistischen Reaktion auf die Einwanderung geworden. Vor allem wird vor der *aktuellen* Einwanderung,



vornehmlich der mexikanischen, gewarnt, obwohl diese mehr mit der Wirtschaft als mit der Sicherheit zu tun hat. Hier kommt eine historische Konstante zur Geltung, die der Einwanderungsspezialist Daniel Tichenor (2002) folgendermaßen charakterisiert: Die Amerikaner pflegen ihre Einwanderungsvergangenheit zu glorifizieren (vor allem, wenn es um die eigenen Vorfahren geht), während sie die Einwanderungsgegenwart verteufeln. Aber es besteht Grund zur Annahme, dass die Amerikaner ihre positive Grundeinstellungen zur Einwanderung nicht so schnell über Bord werfen.

## **2. Kennzeichen der US-Einwanderungsdebatte**

### **2.1. Die neue Ratlosigkeit ist eine Konsequenz der Globalisierung im Spannungsfeld zwischen neoliberalen Wirtschaftsinteressen und nationaler Identität**

Trotz des derzeitigen Tunnelblicks auf nationale Sicherheit sind heute die Migrationsströme von und nach Amerika immer weniger national zu begreifen oder zu bändigen. Sie sind eingebettet in global wirksame, wirtschaftliche und demographische Trends, sind motiviert von den gravierenden Unterschieden in der wirtschaftlichen Entwicklungsdynamik zwischen Nord und Süd, den armen, mittleren und reichen Ländern, sie werden beschleunigt von wachsenden Liberalisierungen transnationaler Finanz- und Warenströme, denen die Arbeitsmigrationen folgen (Appadurai 1990). Der globale Ausbau der Transportsysteme und ihre rapide Verbilligung haben weltweit zur Migrationsbereitschaft beigetragen. Schließlich hat die Revolution in der digitalen und medialen Vernetzung die krassesten Formen des Heimwehs besiegt und die Möglichkeit der Bildung neuer Diasporen (›long distance nationalism‹) und Parallelgesellschaften (Huntington's ›Empires and Societies‹) geführt (Ostendorf 2003, 2005).

Die Ängste lokaler Arbeitnehmer haben die Grundeinstellung der Amerikaner zur Einwanderung sicherlich beeinflusst. Denn viele Bürger der USA, vor allem aus den klassischen Mittelschichten, leiden unter den Konsequenzen der Globalisierung und den Verwerfungen seit dem neoliberalen Paradigmenwechsel in den 1980er Jahren: Die Deindustrialisierung hat seit 1970 die klassischen Industriestädte schrumpfen lassen; der Abbau der industriellen Fertigung vor Ort oder gar ihre Verlagerung in Schwellenländer hat in den 1980er und 90er Jahren klassische Nachbarschaften der weißen und schwarzen Arbeiter zerstört, zum Verlust der gut bezahlten Arbeitsplätze geführt und die Arbeitsplatzsicherheit kassiert. Das beliebte ›Downsizing‹ hat für stagnierende Einkommen oder sinkende Lohnniveaus gesorgt und den sog. informellen Sektor im Arbeitsmarkt erweitert (Anon 1996; Head 1996; Harvey 2005). Gleichzeitig haben die Interessenvertretungen der Arbeitnehmer, vornehmlich die Gewerkschaften, an Einfluss und an Gestaltungsspielraum verloren. Insgesamt kann man von einer nationalen Einkommensumschichtung von den ›Stakeholders‹ zu den ›Shareholders‹ sprechen (Head 1996). Alle Faktoren zusammen führen zu einer erheblichen Prekariisierung der Beschäftigungsverhältnisse, deren Einfluss auf die irreguläre Migrationsdynamik noch nicht genügend erforscht ist (Brinkmann 2006; Davis 2006).

Sowohl die realen als auch die vermeintlichen Globalisierungsverlierer sind besonders anfällig für neo-nativistische Argumente. Denn in der Wahrnehmung dieser Gruppen haben die politische Polarisierung, die Einkommensunterschiede und die (illegale) Einwanderung seit den 1980er Jahren gleichermaßen zugenommen (Anon 2003). Die neue Debatte kreist um die Frage, ob sie auch ursächlich miteinander verknüpft sind. Hier ist Vorsicht geboten. Die Einwanderung bietet sich als leicht identifizierbarer Sündenbock für alle Schäden der Globalisierung an. Es ist jedoch mehr als fraglich, ob ein Stopp der Einwanderung auch die Schäden der Globalisierung aufheben würde. Die Einwanderung, die legale wie die illegale, ist vielmehr eine Konsequenz globaler wirtschaftlicher Entwicklungen.

In einem der kundigsten Bücher – ›International Migration: Prospects and Policies in a Global Market‹ – fassen Douglas S. Massey und J. Edward Taylor die Interaktion von Globalisierung und Migration wie folgt zusammen:

»Das Buch weist nach, dass internationale Migration nicht aus Armut oder rapidem Bevölkerungswachstum entsteht, sondern aus der Expansion und Konsolidierung globaler Märkte. So wie die Nationen sich durch ihre Teilnahme an globalen Märkten strukturell verändern, so werden einzelne Menschen, wenn sie aus ihren traditionellen Lebenswelten gerissen werden, zu internationalen Migranten. Auf der Suche nach Arbeit im Ausland wählen sie nicht unbedingt die nächsten oder reichsten Ziele, sondern gehen an Orte, zu denen bereits soziale, wirtschaftliche und politische Beziehungen bestehen. Bei ihrer Migration verlassen sich Migranten stark auf soziale Netzwerke, die von vorherigen Einwanderern geschaffen wurden, und in jüngster Zeit treten immer mehr professionelle Vermittler in Erscheinung. Entwicklungsländer profitieren von der internationalen Migration, da die Ersparnisse und Rücküberweisungen der Migranten Haushaltsdefizite ausgleichen und für Investitionen getätigt werden. Einige Entwicklungsländer haben daher Programme oder gar Ministerien eingerichtet, die diesen Export von Arbeitskräften regeln. Die entwickelte Welt hingegen sorgt sich mehr um die sozialen und wirtschaftlichen Kosten der Einwanderer und versucht, ihren Zustrom insgesamt zu reduzieren oder ihre Zusammensetzung zu regulieren und den Zugang zu Sozialleistungen zu erschweren. Die Zielländer haben sich im Laufe der Zeit einer restriktiven Einwanderungspolitik angenähert, was große Teile der realen weltweiten Migration illegal macht. Die Globalisierung hat eine Infrastruktur von Transport, Kommunikation und sozialen Netzwerken geschaffen, die die Zielländer erreichbar gemacht haben. Dort haben ein gespaltener Arbeitsmarkt und Bevölkerungsüberalterung die Nachfrage nach billigen Arbeitskräften erhöht. Gebündelt werden diese Trends die Einwanderungspolitik zur zentralen politischen Aufgabe des einundzwanzigsten Jahrhunderts werden lassen.« (Massey/Taylor 2004, Zusammenfassung, Meine Übersetzung)

Und trotz einer weltweit wachsenden Migrationserfahrung sind die bürokratische Regelung und der politische Umgang mit ihr nach wie vor unbefriedigend (Waldinger 2006). Die Maß-



nahmen greifen zu kurz, und oft werden in monokausaler Absicht unbrauchbare Instrumente eingesetzt (Massey 2005). Ja, man könnte sagen, im Maße der Globalisierung der Migrationsursachen werden die Reaktionen darauf und die Mittel zur Korrektur nationaler und lokaler. Die Einwanderungspolitik wird immer wieder eine leichte Beute des Stammtischpopulismus, und bleibt daher in vielen Ländern der Welt realitätsfern und erfahrungsresistent. Auf der Homepage der International Organization for Migration (IOM) in Genf heisst es resigniert: »Some critics of public policy, particularly in the developed countries, have characterized the period from the mid-1970s to the present time as a quarter century of migration mismanagement. Moreover, the large-scale movement of peoples has not ceased. Irregular migration has become one of the major issues of our time.« (IOM)

Selbst im klassischen Einwanderungsland, den USA, das wie kein anderes Land auf die Arbeitskraft von Einwanderern angewiesen ist, hat der Angriff auf das World Trade Center zum Teil altbekannte, zum Teil neue Ängste geweckt und grundsätzliche Zweifel hinsichtlich der Einwanderungspolitik der letzten 40 Jahre aufkommen lassen. Diese Zweifel erhalten durch die rapide wachsende Zahl an »Illegalen« zusätzliche Nahrung.

## **2.2. Einwanderungspolitik ist ideologisch ambivalent und lässt sich nur schwer politisch instrumentalisieren**

Aus historischer Sicht ist die heutige Verwirrung keineswegs überraschend. Die Einwanderungspolitik war auch im klassischen Einwanderungsland Amerika immer schon ideologisch ambivalent, denn sie lässt sich sehr schlecht nach linken und rechten Maßgaben verorten. Schon um die Jahre 1900 bis 1910 waren in den USA sowohl linke als auch rechte politische Kohorten in der Frage der Einwanderung gespalten. Rechtes Großkapital und linke Gesinnungsethiker argumentierten für eine liberale Einwanderungspolitik, linke Gewerkschaftler und rechte Rassenhygieniker waren immer schon dagegen. Das führte zu seltsamen Koalitionen, die heute nicht weniger häufig oder weniger sperrig geworden sind (Edsall 2007). Damals stritt man wie heute darüber, ob die Einwanderung der Wirtschaft, dem Bruttosozialprodukt, den sozialen Einrichtungen, dem nationalen IQ, der DNA, den Städten und Kommunen, der Kultur und Gesellschaft nützt oder schadet (Lowenstein 2006). Diese ambivalente Interpretierbarkeit der Daten und damit ihre mangelnde ideologische Verortbarkeit ist im Zeitalter der Globalisierung noch problematischer geworden, vor allem, wenn eine vernünftige Bilanzierung der Gewinne und Verluste immer häufiger von Polemik verdrängt wird. Eine Konsequenz dieser Ambivalenz ist allerdings auch, dass damals wie heute Einwanderung sich nur schlecht für parteipolitische Zwecke instrumentalisieren lässt, wie die letzten Kongresswahlen im November 2006 deutlich gemacht haben. Ja, sie spaltet nicht nur die Abgeordneten der Parteien, sondern auch die Wähler links wie rechts. Denn die kosmopolitischen Befürworter und lokalen Gegner der Einwanderung und Einwanderungspolitik verteilen sich über beide Parteien, wobei der Graben innerhalb der Republikanischen Partei zwischen den Wirt-



schaftsliberalen und Wertekonservativen tiefer und offensichtlicher ist als zwischen manchen pragmatischen Demokraten und Republikanern (Edsall 2007). Auf demokratischer Seite wird die Frage, ob Einwanderung dem Gemeinwohl und speziell den Arbeitnehmern nützt oder schadet, wegen eines Nativismusbvorbehalts und Ideologieverdachts eher zurückhaltend geführt (Traub; Moore 2005; Waldinger 2006).

### **3. Die Debatte zur Einwanderungspolitik hat sich von den Parteien in die allgemeine Öffentlichkeit verlagert**

Daher hat sich die politische Debatte von den Parteien, denen die Komplexität der Problematik aus der legislativen Praxis vertraut ist und die sich daher bedeckt halten, in die allgemeine Öffentlichkeit verlagert, also in die Lobbys, NGOs, Bürgerinitiativen, Presse, Talk-Shows, Sachbuchbestseller und Internet-Blogs. Mit Expertisen, sog. ›Backgrounders‹ und ›Policy Statements‹, versuchen diese NGOs und Einzelkämpfer, auf die Politik einzuwirken. Diese öffentliche Debatte spielt sich vermehrt im Internet ab. Im Kongress wurden Fragen zur Einwanderung gerne in überparteilichen Vermittlungsausschüssen hinter verschlossenen Türen verhandelt, um dann die Ergebnisse solcher Verhandlungen als überparteilichen Kompromiss anzubieten und politisch zu vermarkten. In letzter Zeit gab es in der Tat eine solche überparteiliche Gesetzesvorlage, vom Demokraten Edward Kennedy und dem Republikaner John McCain mit dem Titel ›Secure America & Orderly Immigration Act of 2005‹ (Kennedy/McKain), die einen pragmatischen, liberalen und expansiven Kurs steuert. Viele konservative Republikaner fühlten sich von McCain verraten. Daher brachten die republikanischen Senatoren John Cornyn und John Kyl einen restriktiveren Vorschlag im Senat mit dem Titel ›Comprehensive Enforcement & Immigration Reform Act of 2005‹ ein (Cornyn/Kyl).

Doch auch das war den konservativen Republikanern noch zu zahm. Am radikalsten ist der vom Republikaner Jim Sensenbrenner im Repräsentantenhaus vorgelegte Gesetzesvorschlag ›The Border Protection, Anti-terrorism, and Illegal Immigration Control Act of 2005‹ (Inhalt unter Wikipedia H.R. 4437), der im Dezember 2005 mit 239 zu 182 Stimmen angenommen wurde, dem aber im neuen Senat kaum Chancen gegeben werden.

In den Lobbys und Bürgerinitiativen für oder gegen die Einwanderung sind Parteigänger beider Parteien zu finden. Tendenziell reagieren die Republikaner restriktiver als die Demokraten, aber im Zeitalter der Globalisierung melden sich vermehrt die klassischen Roosevelt-Demokraten wie etwa Samuel Huntington oder der ehemalige demokratische Gouverneur von Colorado, Richard Lamm, als Gegner der Einwanderungspolitik zu Wort (Lamm). Man könnte die neue Lagerbildung vereinfacht wie folgt charakterisieren: Auf der Seite der Befürwortung findet man optimistische Kosmopoliten und sog. ›Revivalists‹, die nach wie vor an die Problemlösungskapazität der amerikanischen Wirtschaft und Gesellschaft glauben. Auf der anderen Seite findet man die pessimistischen ›Locals‹ und sog. ›Declinists‹, die der ü-



berbordenden Einwanderung den Niedergang der Nation und der traditionellen Gemeinschaft anlasten. Vormalig pflegte Samuel Huntington diese Kassandras als ›Apocalypse-soon-School‹ zu verunglimpfen; inzwischen zählt er selbst dazu.

Es kommt den ›Declinists‹ eine aus der Einwanderungsgeschichte wohlbekanntere Tatsache zur Hilfe: Kurzfristige Nettoverluste oder aktuelle Bedrohungen durch Migration (etwa Kriminalität und Belastung der Sozialdienste) lassen sich leicht medial dramatisieren.<sup>1</sup> Jedoch, die sog. »Einwanderung in die Sozialdienste« klingt bedrohlicher als sie realiter ist. Es ist erheblich schwieriger, die langfristigen Aggregatgewinne der Wirtschaft in Herkunfts- und Zielländern messbar zu machen. Die gängigen Verlust-/Gewinn-Bilanzen sind aus diesem Grunde oft einseitig, daher unzuverlässig und wenig überzeugend. So kommen George Borjas und David Card auf Grund gleicher Daten zwar zu unterschiedlichen Ergebnissen, diese unterscheiden sich aber lediglich marginal voneinander (Lowenstein 2006).

Je mehr man die historischen Erfahrungen der USA mit der Einwanderung heranzieht, desto eher neigt man der Überzeugung zu, dass die USA weder wirtschaftlich noch demographisch noch kulturell in einer Einwanderungskrise stecken. Bei einer Einwohnerzahl von 300 Millionen liegen die USA mit ca. einer Million Einwanderern pro Jahr weit hinter Kanada, der Schweiz oder Australien zurück. Lediglich der Anteil an ›Illegalen‹ hat eine neue Dimension erreicht, die selbst neoliberale Befürworter der Einwanderung nachdenklich machen sollte. Die Illegalität ist jedoch ein Produkt einer hausgemachten Schizophrenie zwischen transnationalen Wirtschaftsinteressen und nationalem Sicherheitsdenken. In dieser widersprüchlichen Gefühlslage der amerikanischen Öffentlichkeit ist es hilfreich, die historischen Erfahrungen hinsichtlich der geglückten und missglückten Maßnahmen zur Einwanderungskontrolle immer wieder in Erinnerung zu rufen.

#### **4. Migration Mismanagement 1965–2007? Das Gesetz der unentendierten Konsequenzen oder ›A legacy of the unforeseen‹**

Douglas Massey (2005) formuliert diesen Grundwiderspruch zwischen Interesse und Identität, zwischen Wirtschaftsinteressen und Terrorismus so:

»For the past two decades, the U.S. government has pursued a contradictory policy on North American Integration. While the U.S. Government has pursued more commercial integration through the North American Free Trade Agreement, it has sought to unilaterally curb the flow of labor across the U.S.- Mexican Border. That policy has not only failed to reduce illegal immigration; it has actually made the problem worse.«

---

<sup>1</sup> Die Gleichung ›Einwanderung = Kriminalität‹ wird von Eyal Press in der New York Times in Zweifel gezogen. »Do Immigrants Make Us Safer? As immigration soars, crime falls – and some researchers are beginning to trace a connection.« *The New York Times Magazine*, 3. Dezember 2006, 20–24.



Schauen wir uns in der Geschichte einige der aus Krisen geborenen Problemlösungsabsichten von Einwanderungspolitik an und prüfen nachher die realhistorischen Ergebnisse. Waldinger kommt zum ernüchternden Schluss, dass die heutigen Probleme vornehmlich von alten Lösungsversuchen verursacht wurden: »[...] reform has to tackle the pathologies deriving from the policy choices made before.« (Waldinger 2006, S. 731)

### ***Immigration and Nationality Act of 1965***

Im ›Immigration and Nationality Act of 1965‹ (Public Law 236 of the 89th Congress, auch als ›Hart-Celler Act‹ bekannt) wurde das ›National Origin Quota System‹ von 1924ff, wonach pro Jahr zwei Prozent der 1890 im Lande befindlichen Gruppen einwandern durften, aufgehoben. Das Prinzip der ethnischen Selektion wurde während der Bürgerrechtsbewegung als rassistisch angeprangert und durch einen ›Source Country Universalism‹ (Herkunftsuniversalismus) abgelöst. Die Einwanderung in die USA wurde zum ersten Mal wahrlich global und demokratisch. Die Kontingente wurden auf insgesamt 170.000 Einwanderer für die östliche Hemisphäre (Europa, Afrika, Asien) und auf 20.000 Einwanderer pro Herkunftsland festgesetzt. Es wurden ›Visa Preferences‹ hinsichtlich Familienzusammenführung, besonderer beruflicher Qualifizierung und politischer Verfolgung (Asyl) eingerichtet. Dazu fand zum ersten Mal eine numerische Begrenzung der Einwanderer aus der westlichen Hemisphäre (Süd- und Mittelamerika) auf 20.000 pro Nation und insgesamt 120.000 statt. Dies betraf in besonderer Weise die mexikanischen Landarbeiter. Bis heute haben sich zwar die Kontingente verändert, aber die ›Visa Preferences‹ sind noch in Kraft.

Offiziell wurde dieses Gesetz begründet mit dem Wunsch, das ethno- und eurozentrische Quotensystem durch eine »effektive Öffnung und Steuerung« der Einwanderung zu ersetzen. Gleichwohl sollte seine Handhabung eine wirksame Bremse für Asiaten und Lateinamerikaner bleiben. Man erwartete durch die Maßnahme der Familienzusammenführung eine Erhöhung der Anzahl der Europäer, Iren, Italiener etc. Denn diese sei nur für jene Gruppen wirksam, die schon genügend Angehörige in den USA hatten. Man sieht, dass die Familienzusammenführung durchaus Ziele des ›National Origin Quota‹ verfolgte: eine Ausgrenzung unerwünschter Einwanderer, hier in einer politisch korrekteren Verpackung. Die Lyndon B. Johnson-Regierung war sich so gut wie sicher, dass das Gesetz keine Auswirkung auf den Status Quo haben werde: »Es wird das Leben von Millionen gar nicht berühren«, meinte Präsident Johnson. Senator Kennedy kommentierte die zu erwartenden Konsequenzen im Kongress: »[...] unsere Städte werden nicht von Millionen Einwanderern überflutet werden. [...] Zweitens wird sich Nichts an der ethnischen Zusammensetzung unseres Landes ändern [...].« (Lochhead 2006)



Beide irrten sich. Bis 1980 hatte sich der Anteil der Asiaten und Lateinamerikaner mehr als vervierfacht. Was war passiert? Die Möglichkeit der Familienzusammenführung hatte sich vor allem positiv für jene Kulturen ausgewirkt, in denen Großfamilien vorhanden und ein Familiensinn ausgeprägt waren: bei den Latinos und Asiaten. Man hatte das Phänomen Großfamilie & Familienzusammenhang für die Europäer über- für die Asiaten und Latinos unterschätzt. Hier setzte bald eine vom Arbeitsmarkt unterstützte, sog. Kettenmigration ein, die keineswegs von den Politikern beabsichtigt oder vorhergesehen war. Ich erinnere mich an eine Zeitungsnotiz über einen Harvard-Studenten aus Taiwan, der über die Familienzusammenführung 280 seiner Verwandten nach Amerika schleusen konnte.

### ***Bracero-Programm***

Zeitgleich mit diesem Immigration Act war auch das ›Bracero-Programm‹ beendet worden: Von 1942 bis 1964 waren jedes Jahr etwa 250.000 (und mehr) mexikanische Gastarbeiter für die Ernte von Wein, Tomaten, Äpfel, Zitrusfrüchten, und Gemüse zeitlich begrenzt ins Land gelassen worden. Nach Beendigung des ›Bracero-Programms‹ fehlten dem kapital- und personalintensiven ›Agribusiness‹ diese Arbeiter. Viele dieser ehemaligen ›Braceros‹ versuchten nun, legal einzureisen. Dies war wegen der Festlegung der Kontingente auf bloße 20.000 pro Nation und auf 120.000 für die westliche Hemisphäre erheblich erschwert, wenn man davon ausgeht, dass der amerikanische Arbeitsmarkt allein 250.000 mexikanische Gastarbeiter erwartete. Also versuchten die Arbeiter nun, illegal über die Grenze zu ihren ehemaligen Arbeitgebern zu kommen. So wurden legale ›Braceros‹ durch den Hart-Celler Act schlagartig zu illegalen Landarbeitern. Jedenfalls schoss plötzlich die Zahl der ›Illegalen‹ in die Höhe, und zwar, zusammengerechnet mit den Legalen, etwa in der Größenordnung des vorherigen ›Bracero-Programms‹ (Martin 2007). Interessant ist in diesem Zusammenhang die Beobachtung, dass die Informalisierung des Arbeitsmarkts im Kontext der Illegalität erfolgte.

Fazit: Wo es Arbeit gibt, dahin strömen die Arbeiter. »Ubi pane, ibi patria«, sagten schon die Römer. In den 1970er Jahren schwoll die Zahl der ›Illegalen‹ entsprechend der konjunkturellen Zyklen an und ab. Hierbei spielte die neoliberale Revolution unter Reagan eine prominente Rolle für die zukünftige Entwicklung der Migrationsdynamik: Die De-Industrialisierung und der Abbau der industriellen Fertigung und ihre Verlagerung in die Schwellenländer führte zu einem merklichen ›Downsizing‹ des Arbeitsmarkts und zu einer Art ›Wal-Marting‹ der Lohnniveaus, auch als Lohndumping bekannt (Ramonet 2006). Dadurch nahmen gerade jene Billigjobs exponentiell zu, für die nur noch ungelernete illegale Mexikaner in Frage kamen. Trotz haarsträubender Arbeitsbedingungen waren sie in den USA immer noch relativ besser gestellt als zu Hause in Mexiko, denn dort verdienten sie lediglich ein Fünftel des amerikanischen Billiglohns. (Die Weltbank geht davon aus, dass inzwischen 40 Prozent der Mexikaner unter der Armutsgrenze leben.)



Von den heimischen Arbeitern hingegen wurden diese Billigjobs als unzumutbar abgelehnt. Ein Cartoon brachte dies auf den Punkt: Ronald Reagan weist bei einer Wahlkampfrede darauf hin, dass die Regierung 50.000 neue Jobs geschaffen habe. Der ihn bedienende Kellner denkt sich hierzu in der Sprechblase: »Und ich habe drei davon.« Unter diesen Bedingungen drohten heimische Arbeiter auch bei Vollbeschäftigung in eine neue Klasse der sog. ›Working Poor‹ abzusinken oder sie verschwanden in die arbeitsmarktirrelevante und daher statistisch nicht erfasste ›Unterklasse‹. Als Konsequenz der steigenden Nachfrage nach billigen Arbeitskräften, die durch das radikale neoliberale Programm entstanden war, stieg bis 1985 die Zahl der illegalen Arbeiter auf etwa drei Millionen an (Harvey 2005). Vom Markt gewollt, von der Politik diskriminiert, dieser Widerspruch machte die ›Illegalen‹, wie Mae Ngai (2004) schreibt, zu »impossible subjects«.

### ***Immigration Reform and Control Act of 1986***

Diese neue Krise regte den ›Immigration Reform and Control Act‹ (IRCA) von 1986 an. Mit diesem Gesetzespaket verfolgte man ein doppeltes Ziel. Ein Ende der illegalen Einwanderung sollte durch verstärkte Sicherung der Grenzen und durch Arbeitgebersanktionen erreicht werden. Dieser Lösungsvorschlag ist inzwischen zu einem politischen Dogma geworden.

Was aber tun mit den bereits im Lande anwesenden ›Illegalen‹? Deportieren wäre weltpolitisch inkorrekt und praktisch unmöglich gewesen. Es wurde eine einmalige Amnestie vorgeschlagen. Statt von den offiziell erwarteten eine Million wurde diese allerdings von insgesamt 2,7 Millionen ›Illegalen‹ wahrgenommen. Vielen gelang es ohne große Mühe, einen sog. positiven ›Paper Trace‹, also den Beleg, dass sie keine Straftaten begangen und ihre Rechnungen bezahlt hatten, nachzuweisen. Gleichzeitig wurden saftige Arbeitgeberstrafen angekündigt und Maßnahmen zur physischen Sicherung der Grenze in Gang gesetzt. Ronald Reagan gab diesen Absichten den richtigen zivilreligiösen Drall: »Future generations of Americans will be thankful for our efforts to humanely regain control of our borders and thereby preserve the value of one of the most sacred possessions of our people, American citizenship.« (Gillespie 2006)

Die Amnestie wirkte äußerst anregend auf die zu Hause gebliebenen Mexikaner, die zu Recht davon ausgehen konnten, dass die amerikanische Regierung, wenn sie heute amnestiert, das auch für zukünftige ›Illegale‹ tun wird – und sie kamen in wachsenden Scharen über die Grenze.<sup>2</sup> Inzwischen hatte sich die Wirtschaftspolitik Mexikos an den Export von Arbeitskräften und an die regelmäßigen Überweisungen (remittances) aus den USA gewöhnt und konnte es sich daher leisten, wirtschaftliche Reformen im eigenen Land zu vernachlässigen.

---

<sup>2</sup> Diese historische Erfahrung erklärt die allergische Reaktion vieler konservativer Republikaner auf die Gesetzesvorschläge zur Legalisierung der ›Illegalen‹ per Amnestie.



sigen, was wiederum die Abwanderung beschleunigte. In den USA wurden die Arbeitgebersanktionen nie ernsthaft durchgesetzt. Das lag einerseits daran, dass Amerika das Fälschungseldorado *par excellence* ist, dass also jeder, der es will, eine ›Social Security‹ Nummer, einen gefälschten Führerschein (für etwas mehr Geld sogar einen echten) erwerben kann, um dann mittels Kreditkarten eine solide Identität aufzubauen, die jeder Arbeitgeber gerne akzeptiert. Selbst wenn die Arbeitgeber sich nachweislich um schärfere Kontrollen bemühten, kamen sie nicht gegen die Fälschungskultur an. Hier kommt eine amerikanische Eigenart zum Tragen, nämlich das Fehlen einer zentralen Meldebehörde und eines fälschungssicheren Personalausweises. Der Misserfolg dieser Maßnahme lag aber auch daran, dass für wirtschaftskonservative Republikaner Arbeitgebersanktionen ein Unding sind und angesichts einer durchgängigen Verweigerung bürokratisch kaum durchsetzbar waren. Seit der Prohibition läßt der Volksmund dazu ein, solche Verfügungen als ›Laws to be broken‹ zu ignorieren. Zudem ist das ›Agribusiness‹ in Washington dank einer mächtigen Lobby bestens gerüstet, seine Vorteile zu wahren.

Ein zweiter Faktor kam zum Tragen. Die Grenzbefestigung zeitigte eine nicht beabsichtigte Nebenwirkung. Die Grenzüberwachungen waren bereits unter der Regierung von George Herbert Bush verstärkt worden und hatten von 1990 bis 1996 die Grenzüberschreitung zusehend schwieriger gemacht. Es gab eine statistische Veränderung, allerdings keine zweckdienliche: Waren vordem 1,3 Versuche nötig, um die Grenze zu überqueren, brauchte der arbeitswillige Mexikaner jetzt 2,7 Male für das gleiche Ziel – aber die Zahl der ›Illegalen‹ blieb bei ca. 300.000 pro Jahr konstant. Sie stieg sogar weiter stetig an. Denn man hatte einen unerwarteten Nebeneffekt nicht beachtet. Für die Mexikaner stellte es ein erhebliches Risiko dar, den Arbeitnehmer der Familie an der Grenze scheitern zu lassen. Also blieb der Papa, wenn er mit Hilfe eines teuren ›Coyote‹ die Grenze erfolgreich überquert hatte, gleich drüben, statt wie vordem nach einigen Monaten zurückzukehren. Jedoch, um nicht zu vereinsamen, holte er seine Familie im Laufe der Zeit nach, selbst wenn dies ohne die Hilfe von teuren ›Coyotes‹ mehrere Versuche kosten sollte. Die Stabilisierung der Grenze führte zur Verlängerung der Verweildauer und verwandelte die ehemals zirkuläre Migration einzelner Männer in einen Verbleib von ganzen Familien. Fazit: Die illegale Einwanderung nahm nicht trotz, sondern wegen der Maßnahmen des IRCA exponentiell zu.

### **Diversity**

Nun folgte ein besonders bemerkenswerter Versuch, zumindest die Vielfalt der Einwanderer zu erhöhen. ›Diversity‹ war das ›Schnurrwort‹ der Epoche, also des Zeitalters des Multikulturalismus und der ›Affirmative Action‹, jetzt wandte man diese magische Formel auf die Einwanderung an.<sup>3</sup> In der Einwanderungsreform des Jahres 1990 wurde die Diversitätskategorie

---

<sup>3</sup> Der Semantiker Samuel I. Hayakawa spricht von »purr words« (Schnurrworte, wie Freiheit oder Demokratie) und »snarl words« (Fleischworte wie Sozialismus oder Steuern) in der politischen Kultur Amerikas. Diversity



für 50.000 Visen eingeführt, später auch als Visalotterie bekannt geworden. Ein Befürworter war der demokratische Senator Edward Kennedy, dessen Ziel es war, wieder mehr Iren ins Land zu locken. Wer nicht kam, waren die Iren, dafür wurden durch diese Maßnahme jene Länder favorisiert, die bisher nicht zu den Sendeländern gehört hatten. Heute ist die Mehrzahl der ›Diversity-Visen‹ in der Hand von Ägyptern, Marokkanern, Nigerianern, Ghanaern und anderen Afrikanern (41 Prozent) und von Asiaten (38 Prozent). ›Diversity‹ war also, was die Problemreduktion anging, ein Eigentor. Denn hier entstand ein neues, völlig unerwartetes Problemfeld. Die Lotterie-Afrikaner, die in der Regel zur Elite in ihren Ländern gehörten, stiegen – von ›Affirmative Action‹ beschleunigt – mit Elan in den gehobenen Arbeitsmarkt ein. Sie wurden von vielen Universitäten und Firmen den eigenen Afro-Amerikanern vorgezogen und wurden so zu einer Konkurrenz für diese, eine Tatsache, die einerseits für beträchtliche, politisch inkorrekte Unruhe sorgt, andererseits der Nation einen schwarzen Präsidentschaftskandidaten (Barack Obama) beschert hat.

### ***Illegal Immigration Reform and Immigrant Responsibility Act of 1996***

Auch unter Clinton stand die Devise »Make our borders safe« hoch im Kurs und diese Stimmung führte zur weiteren Kriminalisierung der Grenzüberquerung und zur graduellen Militarisierung der Grenzkontrollen (Payan 2006). Beispiel: Durch den ›Illegal Immigration Reform and Immigrant Responsibility Act‹ von 1996 wurde der materielle Aufwand zur Sicherung der Grenze nach Mexiko von einer auf fünf Milliarden Dollar erhöht. Es nahm aber nicht nur die illegale Einwanderung weiter exponentiell zu, sondern die Nebenwirkungen nahmen bedrohliche, das heißt sozialpathologische Formen an:

- 1) Die Verteuerung der Schlepperdienste von ca. 250 auf bis zu 3.000 Dollar und damit implizit auch eine Aufwertung und Konsolidierung dieses Marktes.
- 2) Die Kriminalisierung der Schlepper und Vernetzung dieser zu Banden.
- 3) Die Verdreifachung der Todesfälle: Migranten verhungerten und verdursteten auf den gefährlicheren Übergängen weit weg von El Paso oder San Diego.
- 4) Eine längere Verweildauer der ›Illegalen‹: Während vordem ca. 50 Prozent der illegalen Arbeiter irgendwann nach Mexiko zurückgingen, schrumpfte der Anteil der Rückkehrer auf bloße 25 Prozent. Verständlicherweise wollten die ›illegalen‹ Männer nicht allein bleiben, sondern holten ihre Familien nach.

---

war das »purr word« der 1970er und 80er Jahre (Hayakawa, Samuel I., *Language in Thought and Action*, New York 1991).



- 5) Die getroffenen Maßnahmen stellten eine Verteuerung der Kosten für das Ergreifen und die Abschiebung von ›Illegalen‹ dar, die sich pro gefasste Person um einen Faktor von 750 Prozent erhöhten.

Fazit: Es wird ein kontraproduktiver Überaufwand betrieben, der darin zum Ausdruck kommt, dass sich im Maße der Mehrausgaben die Ergebnisse verschlechtern.

### ***Militarisierung der Einwanderungskontrolle unter der Regierung Georg W. Bush***

Präsident Bush führt diese kontraproduktive Grenzpolitik unverdrossen weiter, um die konservative Rechte der Partei zu befrieden. Es sollen neben der Abordnung der 6.000 Nationalgarden mehr Grenzwächter angestellt und die Ausgaben für die Grenzbefestigung von 4,6 auf 10,4 Milliarden Dollar erhöht werden. Das neue Sicherheitsdenken drückt sich zudem in diversen Aufträgen der Regierung an die Rüstungsindustrie aus: Lockheed Martin entwickelt die ›Tethered Aerostat Radar‹, ein Radarsystem für die südliche Grenze, und Northrop den ›Grumman's Global Hawk‹, unbemannte Flugkörper, die jede Bewegung am Boden von 20 Kilometer Höhe ausmachen können. Raetheon steuert die ›Terminator Family‹-Sensoren und Videotechnik bei, die auch schon im Irak eingesetzt wurden. Boeing wurde beauftragt, die Koordination von Radarsystemen, Bodensensoren und Kommunikationstechnologie zu übernehmen. Zudem soll das Bodenpersonal bis 2008 auf insgesamt 18.000 Kontrolleure erhöht werden. Man darf mit Fug und Recht von einer Militarisierung der Einwanderungskontrolle sprechen, die sich politisch leicht verkaufen lässt und vom Irak-Desaster ablenkt (Payan 2006; McConahay 2006). In der Tat könnten die Maßnahmen der Militarisierung eine Dichte erreichen, bei dem tatsächlich eine Grenzüberquerung unmöglich wird (McKinley 2007). Es bleibt jedoch abzuwarten, ob die illegalen Migrationsströme sich andere Löcher im Zaun suchen werden. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass von der Möglichkeit des ›Overstay‹, mit der heute bereits 40 Prozent der ›Illegalen‹ ins Land kommen, vermehrt Gebrauch gemacht wird. Im Bundesstaat Colorado, wo im letzten Jahr besonders restriktive Maßnahmen gegen illegale Einwanderung beschlossen wurden, werden Überlegungen angestellt, die ausgebliebenen 150.000 illegalen Landarbeiter durch Strafgefangene zu ersetzen (Frosch 2007). Der ›Military Industrial Complex‹ macht gemeinsame Sache mit dem ›Prison Industrial Complex‹. Bald wird man mit Fug und Recht auch von einem ›Border Industrial Complex‹ sprechen können. Die zukünftige Zusammenarbeit dieser drei Komplexe macht perfekten neoliberalen Sinn und ist vorprogrammiert (Harvey 2005).

### ***Maquiladoras und NAFTA***

Was tun? Wie wäre es, wenn man die wirtschaftliche Situation in den Sendeländern, will sagen in Mexiko, verbessert, indem die Produktionsstätten dorthin verlagert werden. Am 1. Januar 1994 wurde eine Freihandelszone im North American Free Trade Agreement (NAFTA) geschaffen, die alles andere als wirklich frei ist. Schon lange vor NAFTA fand eine An-

siedlung von ›Maquiladora-Firmen‹ in bestimmten Grenzregionen Mexikos statt. Jetzt konnten die mexikanischen Arbeiter in ausgelagerten amerikanischen Firmen Arbeit finden. Der Erfolg war lokal gut, aber, was den Zustrom der ›Illegalen‹ insgesamt anging, unwirksam: Denn die ›Maquiladora-Firmen‹ bevorzugten noch billigere, junge Frauen. Nur ein geringer Teil der arbeitenden männlichen Bevölkerung erhielt Arbeit in Mexiko, den Anderen ging es wegen der allgemein gestiegenen Lebenshaltungskosten, die mit der Anhebung des wirtschaftlichen Niveaus einhergingen, relativ schlechter und sie nahmen den nächsten ›Coyote‹ nach Amerika. Zudem waren viele mexikanische Bauern, die vom Anbau von Mais und Sojabohnen lebten, durch die Konkurrenz des amerikanischen Agribusiness, der Mexiko mit seinen billigen Produkten überschwemmte, vom Markt gefegt worden. Auch sie machten sich nach Amerika auf den Weg. Schon wieder nahm die Anzahl der ›Illegalen‹ zu.

Hier sind drei Beobachtung wichtig:

- 1) Die alte Vorstellung einer Einbahnstrasse vom ›Sending Country‹ zum ›Receiving Country‹ macht im Zeitalter der globalisierten Märkte keinen Sinn, schon gar nicht für Mexiko, das durch die Verwerfungen von NAFTA zusehends vom Export der eigenen überschüssigen Arbeitskräfte abhängt. Zirkulare Migration, wenn man sie denn im Rahmen von NAFTA zuließe, würde von vielen Mexikanern je mehr angenommen, desto globaler die Verhältnisse sich entwickeln. Daher sollte man diese nicht durch konterkariierende Maßnahmen verhindern. Es wird vermutet, dass etwa 50 Prozent (einige Analysten sagen bis zu 80 Prozent) der mexikanischen Arbeiter in ihr Heimatland zurückkehren würden, wenn diese Möglichkeit nicht durch Verschärfung der Grenzkontrollen konterkariert wurde. Der amerikanische Billiglohn gewinnt erst durch den Rücktransport nach Mexiko einen Mehrwert.
- 2) Die Arbeitsmigranten gehören nicht zu den Ärmsten der Armen. Viele haben bereits im Herkunftsland eine Arbeit. Sie kommen vornehmlich aus relativ entwickelten Ländern und nicht aus den wirklich armen Ländern der Welt. Mexiko stellt ja keinen ›Failed State‹ dar, es hat ein Bruttosozialprodukt, das sich im Vergleich in der Welt sehen lassen kann. Ziel der Migranten ist es, ihre lebensweltlichen Optionen zu verbessern, vor allem was den Erwerb von Häusern und Grundbesitz im eigenen Lande angeht.
- 3) Es ist notwendig, das ›Gendering of Migration‹ im Zeitalter der Globalisierung zur Kenntnis zu nehmen. Arlie Hochschild hat über die weltweite Verbreitung eines »nanny care chain« bzw. über die Globalisierung der Arbeitsteilung in der Kinderbetreuung berichtet. Gerade Frauen und Kinder sind auf den globalen Arbeitsmärkten, vor allem im sog. informellen Sektor, als schwächstes Glied in der Arbeitskette gefragt und gefährdet (Hochschild 2000; Davis 2006).



Fazit: Die größten Einwanderungsströme kommen aus Herkunftsländern, die sich in einer Schwellensituation befinden und die auch Einwanderungsländer sind: Mexiko, die Philippinen, Taiwan, China, die Ukraine etc. Die meisten der Migranten hatten bereits im Herkunftsland eine reguläre Arbeit, gehören also schon längst nicht mehr zu den Ärmsten der Armen. Wenn man dann noch die Green-Card-Eliten, die aus der ganzen Welt kommen, hinzuzählt, wird deutlich, dass diese *bipolare* Migration heute im multilateralen, potentiell neoliberalen Kontext als Funktion eines globalen, gespaltenen Arbeitsmarkts begriffen werden muss. Herkunftsland und Zielland stehen in einer dialektischen Marktbeziehung, die man ernst nehmen muss. Hierbei sollte ein besonderes Augenmerk auf die geschlechterspezifische Arbeitsteilung geworfen werden.

Der Vorschlag des Präsidenten Bush, den er bei seinem Besuch in Mexiko erneuerte, ist wie folgt: Dann kehren wir doch lieber wieder zum Bracero-Programm zurück, geben also je nach Bedarf am Arbeitsmarkt eine begrenzte Anzahl von temporären Visen aus. Auch dieser Therapieversuch hat seine Nebenwirkungen. Der Nettogewinn scheint plausibel, aber diese kurzfristig befriedigende Lösung zieht einen Rattenschwanz unsichtbarer Nebenwirkungen nach sich (Martin 2007). Viele Analysten gehen davon aus, dass die heutige Krise der USA, die Kritiker dem rapiden Anstieg der illegalen Einwanderung anlasten, überhaupt erst auf jene Verwerfungen des Marktes zurückzuführen ist, welche durch das Bracero-Programm von 1942 bis 1964 entstanden waren (Ngai 2004). Das Bracero-Programm verursachte einen doppelten Hunger des Marktes: Erstens den Hunger der Arbeitgeber für billige Arbeitskräfte und zweitens den Hunger der Konsumenten für billige Produkte. Diese neoliberale Gewöhnung führte zu einer Verwerfung des Marktes, die als ›Thirdworldization‹ bekannt ist. Man konnte nunmehr im Agrarsektor der ersten Welt zu den Bedingungen der Dritten Welt produzieren. Allerdings musste man bereit sein, zu Hause ein gewisses Maß an Illegalität zu tolerieren. Übrigens gilt dies nicht nur für den Agrarsektor, sondern auch für Silicon Valley oder Edelfirmen wie Boss, die von einem System von ›Sweat Shops‹ profitierten. Die Alltäglichkeit und Selbstverständlichkeit der Illegalität haben bis heute alle Teile der Gesellschaft erreicht.<sup>4</sup> Inzwischen sind eine ganze Latte politischer Ernennungen in den USA nicht zustande gekommen, weil die Kandidaten ›illegale‹ Hausdiener, Tagesmütter oder Gärtner angestellt hatten, unter anderem ein designierter Polizeipräsident von New York und eine designierte Justizministerin. Selbst dem republikanischen Abgeordneten und Einwanderungsgegner Tom Tancredo wurde die unerlaubte Anstellung von ›Illegalen‹ vorgeworfen. In den 1970er und 80er Jahren entstand unter den sog. ›Bobos‹ (Bourgeois Bohemians) und ›Baby Boomers‹ eine Kultur der Nichtzurkenntnisnahme der Illegalität, da diese gehobenen Klassen besonders nachdrücklich von den Dienstleistungen der ›Illegalen‹ profitierten und

<sup>4</sup> Selbst im fernen Vermont sind (illegale) mexikanische Arbeiter unverzichtbar: »A 2005 Agency of Agriculture, Food and Markets study found that 75 percent of the milk produced in the state comes from farms where Mexican employees work.« *Rutland Herald*, 12.2.2007, [www.rutlandherald.com/apps/pbcs.dll/article?AID=/20070212/NEWS03/702120373/1004/NEWS03](http://www.rutlandherald.com/apps/pbcs.dll/article?AID=/20070212/NEWS03/702120373/1004/NEWS03) - 79k



auf diese gar nicht mehr verzichten konnten (Hochschild 2000; Brooks 2001).<sup>5</sup> Nicht nur haben die USA sich an illegale Arbeiter gewöhnt, auch Mexiko könnte ohne die ›Remittances‹ (Rücküberweisungen) der ›Illegalen‹ nicht überleben. Die Rücküberweisungen der legalen wie illegalen Arbeitsmigranten stellen nach Öl den zweitwichtigsten wirtschaftlichen Posten in der mexikanischen Volkswirtschaft dar.

Was ist das Ergebnis:

- 1) Das ›Agribusiness‹ der USA konnte dank extrem billiger Arbeit arbeitsintensive Produkte anbauen, die in Verbindung mit einer ›Production of Scale‹ so wettbewerbsfähig wurden, dass selbst die Landwirtschaften der Dritten Welt die Niedrigpreise der USA nicht länger unterbieten konnten. Der Beitrag der ›illegalen‹ Mexikaner zur Billigproduktion in den USA entzog vielen ›Paisanos‹ in Mexiko die Existenzgrundlage, weswegen in bilateralen Abkommen zwischen den USA und Mexiko Schutzmaßnahmen für die mexikanischen Bauern eingerichtet werden mussten. Weiter konnten nun in den USA landwirtschaftliche Produkte erstellt werden, die unter normalen ökonomischen Bedingungen und bei Normallöhnen längst ausgewandert wären. Fazit: Die mexikanischen ›Illegalen‹ in den USA ruinieren den Agrarexport der zu Hause gebliebenen Bauern, worauf diese sich zu den ›Illegalen‹ in den USA gesellen.
- 2) Nach Wegfall des Bracero-Programms konnte die Agrarproduktion in den USA nur durch technologische Innovation ihren Marktvorteil wahren. Beispiele sind etwa die Wein- und Tomatenernte. Als bei Ende des Bracero-Programms die kalifornischen Farmer ohne billige Arbeitskräfte dastanden, kam es schnell zur Entwicklung von Pflückmaschinen und von Tomaten- und Weinsorten, die eine automatische Pflückung erlaubten. Die Präsenz der ›Illegalen‹ in den USA verfälscht nicht nur den Markt, sondern verhindert die technologische Innovation in den USA.
- 3) Billiglohnproduktionen sind aus der Sicht der Gewerkschaften ein Danaergeschenk, denn es werden Arbeitsverhältnisse zur Gewohnheit, die ab einer gewissen Größenordnung nicht mehr abstellbar sind. Es findet nicht nur eine Einfuhr von Billigproduktion, sondern auch ein Import einer neuen Klasse von ›Working Poor‹ statt, die ab einer gewissen Konzentration und Verweildauer die Sozialsysteme belasten. Dieser Sättigungsgrad wurde etwa in einigen Kommunen in Kalifornien erreicht, weshalb es dort 1994 zur ›Proposition 187‹ kam, die ›Illegalen‹ öffentliche Dienstleistungen verwehrte. Aus diversen Gründen ließ sich diese Maßnahme nicht durchsetzen und wurde von den Gerichten kassiert. Alle Analysten stimmen darin überein, dass die

---

<sup>5</sup> Arlie Hochschild beschreibt den »global nanny chain«, eine globalisierte Verkettung der Kinderbetreuung: In einer armen Familie der dritten Welt sorgt die älteste Tochter für die Kinder (erstes Glied), damit ihre Mutter die Kinder einer besser gestellten Familie versorgen kann, deren Mutter im westlichen Ausland als Kindermutter arbeitet (zweites Glied), damit die dortige Hausfrau einem Beruf nachgehen kann (drittes Glied) (Hochschild 2000).

amerikanische Wirtschaft sich einen ›Illegal Habit‹ von ›Working Poor Labor‹ angewöhnt hat. Der sog. informelle Sektor blüht, wächst und gedeiht dank der illegalen Einwanderung. Und diese sollte, der neoliberalen wirtschaftlichen Logik folgend, besser illegal bleiben, denn mit der Legalisierung wird Arbeit teurer. Kein Wunder, dass am Rande dieser neoliberalen Umschichtung eine wachsende ›underclass‹ entstanden ist (Davis 2006, S. 174). Das ›Dirty little Secret‹ ist, dass viele Amerikaner der gehobenen Schichten von diesem Strukturwandel als Arbeitgeber und Kunden doppelt profitieren.

4) Philip Martin (2007) weist darauf hin:

»There are already more guest worker programs and more legal migrant workers in the world than ever before, but there are more smugglers and unauthorized migrants than ever before, too.« (S. 36) »Guest worker programs don't simply satisfy the needs of labor markets, they also create artificial labor markets that, left unperturbed, produce their own economic and social momentum.« (S. 40) Und er schließt mit dem wichtigen Fazit: »The solution to the problem of unwanted migration is economic development in both migrant-sending and receiving countries.« (S. 41).

## **5. Einwanderungsland USA: Quoten, gültige Gesetzgebung und behördliche Praxis**

Die Ziele der Einwanderungsgesetzgebung sind heute nach wie vor:

- 1) Familienzusammenführung
- 2) Anwerbung von qualifizierten Arbeitern je nach Fähigkeiten und Bedarf
- 3) Aufnahme von Asylsuchenden und politisch Verfolgten
- 4) Vielfalt als demographisches Ziel: ›Diversity Visas‹

**2003:** Die Gesamtzahl der Einwanderer (›Legal Permanent Residents‹ (LPR)) betrug 946.000 im Jahr 2003. Diese Zahl entspricht dem mittleren Wert von etwa einer Million, die seit 1996 relativ stabil geblieben ist. Davon warteten 584.000 auf einen ›Adjustment of Status‹. Sie waren also bereits in den USA und warteten lediglich auf ihre Papiere. Nur 362.000 stellten echte Neueinwanderer dar.

Zum Vergleich die Zahlen von **2005:** Von den 1.122.373 ›Legal Permanent Residents‹ waren 738.302 bereits auf der Warteliste im Lande zwecks ›Adjustment of Status‹ und nur 384.071 sind Neuankömmlinge. (Man sieht, dass die USCIS bemüht ist, die lange Warteliste abzubauen).



Die absoluten Zahlen entsprechen denen zum Höhepunkt der Einwanderung um die Jahre 1900 bis 1910. Man sollte jedoch nicht vergessen, dass die USA damals knapp 100 Millionen Einwohner umfasste. In relativen Zahlen entspricht der heutige demographische Zuwachs nur einem Drittel der damaligen Werte.

Im Jahr 2003 waren fünf Millionen Menschen mit zeitlich begrenzten Visen eingereist (Studenten, Diplomaten, Zeitarbeit) und 15,8 Millionen ›Visa Waiver‹, also Besucher für 90 Tage. Im Jahr 2005 stieg ihre Zahl auf 32 Millionen Besucher an, davon waren fünf Prozent zeitlich begrenzte Visen. Spätestens hier sollte darauf hingewiesen werden, dass ein erheblicher Teil der ›Illegalen‹ über diesen Weg ins Land kommt.

Kurioserweise gibt es immer noch keine Zählung für die Auswanderung, sondern nur eine Schätzung: Das waren zwischen den Jahren 1990 und 2000 im Durchschnitt erstaunliche 217.000. Die Tatsache der realen Auswanderung spielt übrigens so gut wie gar keine Rolle in der öffentlichen Debatte. Ich habe nur einen verdeckten Hinweis auf die Schätzung in der sonst unendlichen Einwanderungsliteratur gefunden. Es scheint, als wollten sowohl die Befürworter als auch Gegner der Einwanderung die Möglichkeit, dass überhaupt jemand das Gelobte Land verlässt, gar nicht zulassen.

Die ›Visa Preferences‹ nach dem Stand von 2004 verteilen sich wie folgt:

- 406.000 Direkte, d.h. enge Angehörige von US Bürgern. (Für diese Kategorie gibt es keine Begrenzung).

Beschränkte Zulassung:

- 214.000 sonstige, weitere Familienzusammenführungen
- 155.000 Arbeitskräfte mit speziellen Fähigkeiten
- 71.000 Asylsuchende und politisch Verfolgte
- 50.000 Diversitätslotterie
- 49.000 Sonstige

Die legalen Einwanderer im Jahr 2005 kamen aus den folgenden zehn Ländern:

Mexiko (161.445), Indien (84.681), China (69.967), Philippinen (60.748), Kuba (36.261), Vietnam (32.784), Dominikanische Republik (27.504), Korea (26.562), Kolumbien (25.571), Ukraine (22.761). Relativen Zuwachs unter den Herkunftsländern hatten besonders Kuba, Indien, China, Ukraine, und Korea. Bei den ›Non-Immigrant Visas‹ kamen mehr als die Hälfte aus Großbritannien, Mexiko, Japan, Deutschland, Frankreich – in deutlichem Unterschied zu



den legalen und illegalen Einwanderern. Besonders qualifizierte Arbeiter, etwa solche, die ein Graduiertenprogramm an einer US-Uni abgeschlossen hatten, wurden 2005 mit 20.000 zusätzlichen H-1B Visen bedient. Diese Initiative sollte den Verlust der amerikanischen Investition in die akademische Karriere von Gast- und Austauschstudenten verhindern.

Wohin in den USA zieht es die Einwanderer? Nach wie vor sind von 2003 bis 2005 die höchsten absoluten Zahlen für Kalifornien, New York, Florida, Texas, Illinois, und New Jersey registriert worden. Es deutet sich allerdings ein Wandel an, da die relative höchste Steigerungsrate in jenen Staaten stattfindet, die man bisher nicht als Einwanderungsstaaten führte: South Carolina hat einen Zuwachs von 47 Prozent, Georgia von 39 Prozent, ebenso Tennessee und neuerlich Louisiana. Ein Grund ist die Expansion von kapitalintensiven Billigproduktionsstätten, wie etwa Puten- und Hühnerschlachtereien in den Südstaaten und der Wiederaufbau nach dem Hurrikan Katrina. Das mag auch den Neo-Nativismus erklären, der in diesen Staaten stärker mobilisierbar ist als etwa in den klassischen Einwanderungsstaaten New York oder Florida. Und es findet auch ein stabilisierender Zuwachs auf niederem Niveau in Massachusetts, Pennsylvania, Connecticut und Rhode Island statt.

Illegale Arbeiter spielen in der öffentlichen Diskussion die zentrale Rolle. Ihre Zahl wird zurzeit auf ca. elf bis zwölf Millionen geschätzt. Die Dunkelziffer wird mit bis zu 20 Millionen angegeben, das ist allerdings wenig wahrscheinlich. Von den ›Illegalen‹ sind mehr als die Hälfte Mexikaner. Etwa 40 Prozent der ›Illegalen‹ sind sog. ›Overstays‹, die mit einem zeitlich begrenzten Visum einreisen, um dann zu bleiben. Inzwischen hat die illegale Zuwanderung aus Mexiko die legale überholt. Die illegalen Migranten vermeiden neuerlich die klassischen Metropolen wie Los Angeles, New York City und Chicago und suchen ihre Arbeit im sog. ›Urban Sprawl‹. Das mag mit der Verlagerung der wirtschaftlichen Dynamik von den Metropolen in den ›Urban Sprawl‹, mit der Verteuerung des urbanen Wohnens, mit den schlechten innerstädtischen Schulen und mit der Gefährdung durch Kriminalität zu tun haben (Anon 2003). Während vormals die illegalen Migranten in der Hoffnung auf bessere Behandlung demokratische Wahlbezirke in den Metropolen ansteuerten, kann man sie heute überproportional in republikanischen Wahlbezirken finden. Demokratische Wahlbezirke verzeichneten zwischen 2000 und 2005 einen Zuwachs an ›Illegalen‹ von lediglich acht Prozent, die republikanischen von 36 Prozent. Für Städte wie L.A. bedeutet das einerseits eine Entlastung der Sozialdienste, andererseits kündigt das Verschwinden der illegalen Migranten eine Abschwächung der wirtschaftlichen Dynamik an (Anon 2007). Vor allem sog. ›Shrinking Cities‹ profitieren von der neuen Zuwanderung; ein gutes Beispiel wären etwa Utica (New York) oder Hightstown (New Jersey) die sich bewusst der Bundespolitik entgegenstellen und sich als Zufluchtstädte (sanctuary cities) für ›Illegale‹ in Szene setzen. Der Bürgermeister von Hightstown, ein Republikaner, dankt den illegalen Einwanderern für die Revitalisierung der Innenstadt: »Die Illegalen arbeiten in den Lebensmittelläden, in den Kettenrestaurants, sie gründen junge Dienstleistungsfirmen und halten die Stadt jung und lebendig.« Aus diesem



Grund lässt er die illegalen Einwanderer an allen städtischen Einrichtungen und sozialen Diensten teilhaben. Ganz anders die Stadt Hazeltown in Pennsylvania, die Firmen, die ›Illegale‹ beschäftigen, die Lizenzen entzieht, Vermietungen an ›Illegale‹ unter Strafe stellt und Polizeikräfte zur Jagd auf ›Illegale‹ abordnet (Faiola 2007).

Das ICE hat den Druck auf illegale Migranten erhöht. Seit Dezember 2006 haben die Razzien auf Großfirmen mit illegalen Arbeitern, etwa im Fleisch verarbeitenden Gewerbe, rapide zugenommen und Firmen wie Swift, Bianco und Dixie wurden gezielt aufs Korn genommen. Selbst illegale Migranteneltern, deren Kinder in den USA geboren wurden, können gemäß eines Gesetzes von 1996 zunächst in sog. ›Detention Centers‹ kaserniert und nach erfolgter Gerichtsentscheidung deportiert werden. Ihre Kinder müssten im Regelfall von den Eltern mitgenommen werden. Als in den USA Geborene könnten sie aber auch bei Verwandten im Lande bleiben, würden so jedoch von den Eltern getrennt. Einwanderungsgegner warnten explizit vor diesen ›Anchor Babies‹, da sie mit Erreichen der Volljährigkeit Sponsoren ihrer eigenen Eltern werden können. Die Öffentlichkeit reagiert allerdings schockiert auf das Vorgehen der ICE, denn *Familienzusammenführung*, nicht das Auseinanderreißen von Familien, gehört zum Selbstverständnis der Amerikaner (Aizenman 2007). Interessant ist in diesem Zusammenhang die Zurückhaltung der Legislative von Texas, die sich von den Scharfmachern des ICE distanziert. Der republikanische Sprecher nannte die Maßnahmen des ICE »nicht verfassungskonform, unnötig kontrovers und eine Zeitverschwendung«. Es kommt dort zu einer Koalition der Einwanderungsbefürworter, in der so ungleiche Partner wie die rechte ›Texas Association of Business‹, die linksliberale ›La Raza‹, die ›American Civil Liberties Union‹ (ACLU) und das ›Equal Justice Center‹ zusammenfinden. Ihre Webseite [www.txeir.org](http://www.txeir.org) befürwortet eine ›pragmatische‹, will sagen geschäftsfördernde Reform. Von dieser Zurückhaltung ist in Georgia, Florida, South Carolina und Virginia wenig zu spüren. Hier haben die Hardliner zurzeit noch die Oberhand (Anon 2007).

## **6. Aktuelle Einwanderungs- und Gesetzgebungsdebatte**

Die Argumente für und wider Einwanderung sind so alt wie die transatlantische Migrationsgeschichte. Schon einer der Gründungsväter der Republik, Benjamin Franklin, ließ keinen Zweifel an seinen Vorbehalten gegenüber den Deutschen aufkommen: »Why should the Palatine Boors be suffered to swarm into our Settlements, and by herding together establish their Language and Manners to the Exclusion of ours? Why should Pennsylvania, founded by the English, become a Colony of Aliens, who will shortly be so numerous as to Germanize us instead of us Anglifying them, and will never adopt our Language or Customs, any more than they can acquire our Complexion.« (Franklin 1962). Diese Rhetorik hat sich heute kaum geändert.

Die Schwankungen der Pro- oder Anti-Einwanderungsstimmung hingen in den USA normalerweise mit den Wirtschaftszyklen zusammen, den sog. ›Boom and Bust Cycles‹. Einwande-

rung wurde immer kritisch in Krisen- und Kriegszeiten gesehen, in denen die Identitätsfrage und der Loyalitätsverdacht eine Rolle spielten (Woodrow Wilson's ›hyphenate Americans‹, Samuel Huntington's ›Ampersand identities‹). Verstärker solcher Tendenzen waren der strukturelle Rassismus und sind heute ein neuer Leit-Kulturalismus, der an einen inneramerikanischen Kampf der Kulturen glaubt und der nach 9/11 hörbar wurde. Man kann in der amerikanischen Geschichte eine Korrelation zwischen Einwanderungspolitik und den an- und abschwellenden Wogen des Rassismus und Nativismus herstellen.

Ein Indiz ist die derzeitige Popularität der Frage der Assimilation, die bis dato in den USA nur eine marginale Rolle spielte (Fonte 2005). Einerseits wird die Assimilation im transnationalen Zeitalter überflüssiger als zuvor, andererseits ist im Zeitalter der Identitätspolitik das nationale kulturelle Kapital und seine Bewahrung heute wichtiger geworden. Zum ersten Mal wird zunehmend auch in den USA, etwa von Samuel Huntington, eine Leitkultur als Richtschnur für eine Assimilation definiert. Diese gespenstischen Debatten gehen in der Regel von einem fragwürdigen, will sagen ›unamerikanischen‹ Identitäts- und Kulturbegriff aus (Ostendorf 2005). Hier sollte an die historische Erfahrung erinnert werden, dass die Politik in den USA sich früher relativ wenig um die Assimilation der Einwanderer gekümmert hat. Dies wurde den Einwanderern selbst, privaten Institutionen und den religiösen Einrichtungen überlassen. Wenn man so will, favorisierte das klassische amerikanische System die Entstehung der in Europa so gefürchteten Parallelgesellschaften (›Little Italy‹, ›Kleindeutschland‹, ›Chinatown‹), die als Druckausgleichskammern beim Übergang in die amerikanische Gesellschaft fungierten (Waldinger 2003). Zudem lässt sich beobachten, dass die Einwanderer in den USA, legale wie illegale, weniger häufig arbeitslos sind, die sozialen Systeme weniger belasten und eher bereit sind, die Chancen des Erziehungssystems wahrzunehmen. Der relative Erfolg der Assimilation in den USA mag damit zusammenhängen, dass man sie an den Arbeitsmarkt, an die Kirchen und an die Erziehungseinrichtungen delegiert hat (Crook 2006; Mollenkopf 2006).

Die Sicherheitsdebatte nach 9/11 hat die Einwanderungsdebatte verschoben und verlagert. Es gibt unter den radikalen Gegnern einen paranoiden Flügel, der eine Korrelation zwischen Einwanderung und Terrorismus herstellen möchte. Die neue Ratlosigkeit hat dazu geführt, dass die Einwanderungsdebatte einen hysterischen Ton angenommen hat, der etwa von Fox News tagtäglich angeheizt wird. Dies führt zur manichäischen Versuchung der ›Declinists‹. Als Konsequenz wird der Ruf nach immer drastischeren Instrumenten lauter, und diese sollen sofort eingesetzt werden. Zurzeit steht der Zaun entlang der mexikanischen Grenze als symbolische Geste hoch im Kurs. Dabei ist allen Fachleuten bekannt, dass kein Zaun die mexikanischen Arbeiter aufhalten wird, solange auf der anderen Seite Arbeit auf sie wartet (Massey 2005). Zudem gibt es von Seiten der mexikanischen Politik massive Proteste und Vorwürfe gegen diese Zaunpolitik, die nicht in das transnationale Zeitalter von NAFTA passen.



Dies ist die Zeit für Angstmacher und für apokalyptische Szenarien, etwa eine der ältesten Ängste, des ›Browning of America‹, also des Verschwindens der angelsächsischen Substanz. Selbst von renommierten Wissenschaftlern wie Samuel Huntington wird das Ende Amerikas, wie »er es kennt und liebt«, beschworen. In Anlehnung an Rupert Wilkinsons »The Pursuit of American Character« (1988) möchte ich fünf Ängste isolieren, die von den sog. ›Declinists‹ mobilisiert werden, um die amerikanischen Diskurse über Einwanderungspolitik unter Strom zu setzen. Gebündelt summieren sich diese fünf Ängste zu einer allgemeinen Furcht vor dem Versagen des ursprünglichen Experiments in der Neuen Welt oder, auf heute bezogen, vor dem Niedergang der Nation. Erstens und vorrangig ist es die Furcht, vom wahren Pfad des protestantisch-angelsächsischen Amerikas abzuweichen (›Decline of the WASP‹). Zweitens die patriotische Furcht vor der Auflösung der Nation im transnationalen Zeitalter der Globalisierung (NAFTA). Drittens die kommunitaristische Furcht vor dem Auseinanderbrechen der Gemeinschaft, die als Behältnis der angelsächsisch-protestantischen Kultur fungiert (›Bowling Alone‹). Viertens die populistische Furcht vor einem elitären, kosmopolitischen Zentralismus oder die Furcht vor der Übernahme durch fremde Mächte (Hass auf die UNO). Fünftens die rassistische, biologische oder kulturelle Furcht vor der Überfremdung, Vermischung oder Bastardisierung durch das radikal Andere (Ostendorf 2005). Es ist bemerkenswert, dass es den ›Declinists‹ gelingt, all diese uramerikanischen Ängste in ihren Vorwürfen gegen die Einwanderung unterzubringen. Nur in dieser geballten Form können sie die Ängste medienwirksam instrumentalisieren.

Es besteht seit längerem ein Widerspruch zwischen politischer Absicht und fiskalischer Realität, zwischen teuren ›Manmüsstemal-Vorschlägen‹ und neoliberaler ›Downsizing‹. Diese Notbremse lässt viele kostspielige Anträge der neuesten Zeit, etwa der ›Sensenbrenner-Initiative‹ (s.u.), unrealistisch erscheinen: Schon jetzt ist die Behörde mit dem bestehendem bürokratischen Aufwand überfordert. Es gibt einen erheblichen Rückstau von in den USA befindlichen Kandidaten, die derzeit auf eine Bearbeitung ihrer Anträge auf Statusanpassung warten. Dieser Rückstau spiegelt sich in den legalen Einwanderungszahlen wieder – von den im Durchschnitt einer Million Einwanderern stellen bis zu 750.000 unbearbeitete Fälle dar. Selbst zum ›Border Security Law‹, welches im Oktober 2006 Gesetz wurde, werden im Kongress Finanzierungszweifel laut. Der bis dato erstellte erste Zaunabschnitt von 14 Meilen zwischen Tijuana und San Diego war dreimal so teuer wie geplant und das ohne Berücksichtigung der Personalkosten. Insofern können die bereitgestellten drei Millionen Dollar pro Meile schon jetzt als völlig unzureichend bezeichnet werden.



## 6.1. Derzeitiger Zustand des ideologischen Kräftefelds für und wider die Einwanderung

Es bietet sich zunächst eine Grobeinteilung an:

- 1) Befürworter der Einwanderung: Die liberal-pragmatischen ›Revivalists‹ (cf. Kennedy/McCain) favorisieren eine bessere Regelung der Einwanderung, die den Zustrom der Einwanderer nicht abschaltet, sondern besser koordiniert. Zudem sollen die neuen Push und Pull Faktoren der globalisierten Märkte ernsthaft in die politischen Entscheidungen von Herkunftsländern und Zielländern eingehen. Sie verweisen oft auf das nationale Interesse an der Einwanderung, also auf die kulturellen und wirtschaftlichen Vorteile der Einwanderung und respektieren auch die Rechte der nichtamerikanischen Einwanderer. Sie sind von einem hohen Problemlösungsoptimismus gekennzeichnet und möchten die illegale Einwanderung über Gastarbeiterprogramme und Einbürgerungsangebote in legale Bahnen lenken.
- 2) Gegner der Einwanderung: Die ›Radical Restrictionists‹ (Sensenbrenner) sind im Kongress zu finden, sie sind aber vornehmlich organisiert in ›Policy Institutes‹, ›Citizens Movements‹ oder operieren auch als einzelne Polemiker (etwa der Autor Samuel Francis, der Finanzjournalist Peter Brimelow und der Altphilologe Victor David Hanson). Sie gehören zu den sog. ›Declinists‹, die glauben, dass die Nation durch zuviel Einwanderung Schaden leidet. Sie fordern daher eine rigorose Reduktion der Einwanderung, die völlige Unterbindung von illegaler Einwanderung, einige fordern sogar ein Nullwachstum. Sie lehnen jeden Vorschlag zur Legalisierung der ›Illegalen‹ als fehlgeleitete Amnestie kategorisch ab. Sie fordern die Einbindung des ›Military Industrial Complex‹ in die Problemlösung und befürworten die Militarisierung der Grenzbefestigungen.

### ***Unterschiedliche Befürworter einer restriktiven Einwanderungspolitik***

Bei einer stärkeren Feinabstimmung sind auf der politischen Rechten folgende flottierende Gruppen von Einwanderungsgegnern zu erkennen, die immer neue Verbindungen und politische Koalitionen eingehen können:

- 1) Neue Nationalisten: Hierzu gehören die sog. ›America Firsters‹. Samuel Huntington warnt vor kultureller Überfremdung und fordert die Erneuerung eines »robusten Nationalismus«. Diese Kreise nutzen aber auch die Schlüsselbegriffe der Grünen und der alten Linken. Sie sind entschieden gegen Globalisierung und NAFTA. Hier findet man die Organisation der ›Federation for American Immigration Reform‹ (FAIR) und das ›Center for Immigration Studies‹ (CIS). Man sei nicht gegen Einwanderung an sich,



aber gegen unkontrollierte Masseneinwanderung und vor allem gegen ›Illegale‹. Huntington warnt vor der ›Immigration Time Bomb‹.

- 2) Paleokonservative und Verteidiger des weißen, angelsächsisch-protestantischen Amerikas (WASP): Samuel Francis, Victor David Hanson und Peter Brimelow gehören dazu. Sie schüren Überfremdungsängste: »Preserving the common WASP heritage.« Daher sind sie auch gegen die Globalisierung. Es handelt sich um nachdrückliche Wertekonservative, die eine Leitkultur als Argument entdeckt haben. Diese sind natürlich auch gegen die sog. ›Transnational Progressives‹ und gegen die Befürworter des ethnischen Partikularismus und seine politischen Programme wie Multikulturalismus, Bilingualismus und ›Affirmative Action‹.
- 3) Paranoide Grenzschrützer: Unter ihnen findet man ›White Supremacists‹ und ›Border Vigilante Groups‹ wie die Gruppierungen des ›Council of Conservative Citizens‹ oder David Duke's EURO (European American Unity and Rights Organisation), den Aktivist Glenn Spencer, das private Grenzsicherungsprojekt ›Minutemen Project‹ und die Initiative ›Protect Arizona Now‹ (PAN). Paranoider Verfolgungswahn kennzeichnet diese stark rassistischen Gruppen, der in extremster Form im Magazin ›American Renaissance‹ zu finden ist. Es ist die Rede von einer ›Home Front‹ in der Einwanderungsdebatte. Die Kontrolle der Visen, so meint ein Mitglied im Kongress, sei ein: »forward based defense against terrorists«. Die Grenze zu Mexiko wurde von einem Einwanderungsgegner im Kongress sogar als »Terrorist Alley« bezeichnet und das, obwohl bis dato noch kein Terrorist gefangen wurde, der dieses vermeintliche Schlupfloch wahrgenommen hätte. Zur Erinnerung: Die Terroristen von 9/11 sind mit Touristen- und Studentenvisen eingewandert.
- 4) Populistische Vertreter der Arbeitnehmerinteressen: Hier findet man die männliche weiße Mittelklasse und weiße wie schwarze Gewerkschaftler, zudem alte New Deal Linke (›Roosevelt Democrats‹). Wirtschaftliche Argumente sprächen gegen die Einwanderung, die sichere Arbeitsplätze vernichtet und den informellen Sektor vergrößert. Aus Gründen der lokalen Arbeitsplatzsicherung ist man gegen die Globalisierung der Märkte. Hier sammeln sich alle gewerkschaftlichen Gegner der neoliberalen Agenda.
- 5) Linke und rechte Ökologen: Umweltargumente werden von vielen dieser Gruppen dazugemischt. Organisationen wie ›NumbersUSA‹ oder ›Vdare‹ schlagen den Bogen vom Umweltschutz zum Erhalt von Arbeitsplätzen bis hin zur Bevölkerungskontrolle. Sie lasten die Zersiedlung (›Urban sprawl‹, ›edge cities‹) der Einwanderung an. Extreme Vertreter wünschen ein Null-Wachstum (›Zero Population Growth‹). Typischer Vertreter einer ökologischen Argumentation ist Richard Lamm, ehemaliger demokratischer Gouverneur von Colorado und führendes Mitglied im Sierra Club.



- 6) Neokonservative: Diese vertreten klassischerweise die Interessen des ›Corporate America‹, daher müssten sie eigentlich für die Einwanderung sein. Sie reagieren vor allem auf die Nebenwirkungen der Einwanderung. Sie sind gegen die multikulturelle Gesellschaft, gegen ›Affirmative Action‹, gegen den Bilingualismus, sie warnen vor Parallelgesellschaften. Neuerlich hat ein merklicher Wechsel der ›NeoCons‹ hin zu den Einwanderungsgegnern stattgefunden. Hier findet man vormalige Demokraten wie Huntington und wertekonservative Republikaner.

Es gibt aber immer wieder Überraschungen. Etwa die erstaunliche Intervention einiger konservativer republikanischer Abgeordneter, die den Rückgang der Asylsuchenden und die schleppende Gewährung von Asylanträgen seit 9/11 monieren. Die Interpretation des ›Patriot Act‹ durch das ›Department of Homeland Security‹ sei viel zu eng und daher moralisch nicht vertretbar (Fears 2007).

### ***Unterschiedliche Befürworter einer liberalen Einwanderungspolitik***

Auf der konservativen Seite finden sich folgende Befürworter einer liberalen Einwanderungspolitik:

- 1) Sogenannte ›Oldsmobile Republicans‹, allesamt Vertreter des Big Business, des Agribusiness, der Zitrus-Industrie. Wichtig sind hier noch das Silicon Valley und unterschiedliche Dienstleistungssektoren wie Restaurants und Hotels.
- 2) Wirtschafts-Liberale aus der Chicago School, sog. ›Wall Street Republicans‹ nach Art von Milton Friedman oder Friedrich Hayek und das Wirtschaftsmagazin ›The Economist‹.
- 3) Ayn-Rand-Anhänger wie Alan Greenspan, das ›Cato Institute‹, ein klassisch liberaler Think Tank mit libertärem Touch.
- 4) Die ›National Venture Capital Association‹, eine führende US-amerikanische Handelsorganisation

Auf der liberalen Seite gruppieren sich folgende Befürworter der Einwanderung:

- 1) Vertreter der liberalen Hispanics, etwa die sog. ›La Raza‹
- 2) Vertreter der Schwarzen und Teile der Bürgerrechtsbewegung, etwa die ›National Urban League‹ und die NAACP (›National Association for the Advancement of Colored People‹)
- 3) Die ›American Civil Liberties Union‹ (ACLU)



- 4) Linksliberale Kreise aus den großen Universitäten mit einer ›Diversity-Politik‹
- 5) ›Immigrant rights groups‹
- 6) Vertreter der Arbeitnehmer: Das wissenschaftliche ›Drum Major Institute‹
- 7) Befürworter des Multikulturalismus
- 8) Das ›International Relations Center‹ IRC
- 9) Kosmopoliten mit einer positiven Einstellung zu NAFTA und zur Globalisierung
- 10) Die katholischen Bischöfe, vornehmlich Kardinal Roger Mahony L.A (Appleby 2007).

## **6.2. Was denken die ›Durchschnittsamerikaner‹ über die Einwanderung**

Es gibt kaum eine Umfrage bis zurück in die 1930er Jahre, in der die Amerikaner eine Steigerung der Einwanderung befürworten. Die amerikanische Öffentlichkeit war immer anfällig für eine Begrenzung der Einwanderung, nach dem Motto: »Americans have celebrated their immigrant past but dread the immigrant present.« Das Problem waren nie die eigenen Vorfahren unter den Einwanderern, die nostalgisch verklärt werden, sondern die Neulinge, die als unkalkulierbar und kulturell ›ganz anders‹ gelten. Das war schon 1911 so, als die Einwanderungskommission unter Vorsitz des Republikaners William P. Dillingham (›Dillingham Commission‹) nach reiflicher Überlegung zum Ergebnis kam, dass zwei neue Gruppen, die den Löwenanteil der damaligen Einwanderung ausmachten, völlig unassimilierbar seien: die Italiener und die Juden. Heute sind sowohl die Gegner der Einwanderung wie Tom Tancredo, Steven Camaroto vom CIS, und James Sensenbrenner, als auch ihre Befürworter, wie die Einwanderungsexperten Tamar Jacoby oder Demetrios Papademetriou, Einwandererkinder – häufig aus genau den Gruppen, die vor 100 Jahren noch als unassimilierbar galten.

Eine Gallup-Umfrage ergab jedoch, dass die grundsätzliche Einstellung zur Einwanderung nach wie vor positiv ist: 60 Prozent der Amerikaner halten nach wie vor Einwanderung für gut und wichtig für das Land (nur 35 Prozent halten sie für schädlich), die Mehrzahl ist aber für eine Reduktion der Zahlen, vor allem der ›Illegalen‹. Zur Frage, ob die Einwanderung der Wirtschaft hilft oder schadet, ist die Öffentlichkeit gespalten. In dieser Frage sind übrigens die ›Hispanics‹ positiver gestimmt als etwa die Afro-Amerikaner. In der Frage der Legalisierung des Status der ›Illegalen‹ sind die Amerikaner tendenziell großzügig (Moore 2005).

Ein verdeckte Meinungsumfrage stellten die letzten Kongresswahlen im November 2006 dar: Fast alle Kandidaten, die im Wahlkampf einen harten Kurs zur Einwanderung gefahren sind, haben gegenüber Demokraten, die den pragmatischen Kurs von Kennedy/McCain bevorzugten, verloren. Trotz der aufgeheizten Stimmung folgte die Mehrzahl der Wähler nicht den ›Radical Restrictionists‹ unter den Republikanern. Andererseits konnten Republikaner, die



eine moderate Einwanderungspolitik vertraten, ihre Position behaupten oder wurden mit Zuwächsen belohnt. Verloren haben im Senat: Rich Santorum (Pennsylvania), Katherine Harris (Florida), Tom Kean (New Jersey) und im Haus: John Hostettler (Indiana), J. Hayworth (Arizona), Rick O'Donnell (Colorado), Randy Graf (Arizona), allesamt radikale Einwanderungsgegner. Insofern war die Wahl auch eine Bestätigung der Kennedy/McCain-Bill, die in einer überparteilichen Anpassung und Abwandlung von den beiden Senatoren zusammen mit den Repräsentanten Luis V. Gutierrez (D-Illinois) und Jeff Flake (R-Arizona) neu konzipiert und am 22. März 2007 vorgelegt wurde.

Fazit: die Öffentlichkeit ist nach wie vor tendenziell positiv gegenüber der Einwanderung gestimmt. Wichtig ist, sie will keinen Parteienstreit zur Einwanderung, sondern favorisiert eine überparteiliche Lösung. Einwanderung gehört nach wie vor zum amerikanischen Selbstverständnis und ist eine Basis des ›American Exceptionalism‹, daher für Parteienstreit ungeeignet. Hier gilt nach wie vor der amerikanische Kompromiss zwischen Partikularismus und Universalismus: »e pluribus unum«.

### **6.3. Konzepte der radikalen Einwanderungsgegner und -befürworter**

#### ***Lösungsvorschläge der radikalen Einwanderungsgegner:***

Als radikalster Vorschlag der Einwanderungsgegner kann der von Jim Sensenbrenner im Repräsentantenhaus eingebrachte gelten: ›The Border Protection, Anti-Terrorism and Illegal Immigration Control Act‹ (Inhalt unter Wikipedia, *H.R. 4437*) Er wurde vom Repräsentantenhaus am 16. Dezember 2005 angenommen und sieht folgende Maßnahmen vor:

- 1) 700 Meilen Zaun Grenzverstärkungen, mehr ›National Guards‹ an der Grenze.
- 2) Massive Erhöhung der Anzahl der ›Border Patrols‹ und der Verwaltungen.
- 3) Arbeitgebersanktionen für illegale Beschäftigung: Erste Verurteilung 7.500, die zweite 15.000, die dritte 40.000 Dollar.
- 4) Kriminalisierung der Illegalität. Illegale Einwanderung soll als ›Felony‹ behandelt werden.
- 5) Gastarbeitervisen nur mit fälschungssicheren ›ID Cards‹ mit komplizierter zentraler Meldepflicht im ›Department of Homeland Security‹.
- 6) Freiwillige Rückkehr der illegalen Einwanderer; bei Nichterfüllung 3.000 Dollar Strafe.
- 7) Keine Legalisierung der ›Illegalen‹ (keine Amnestie).
- 8) Kein Zugang zum Wohlfahrtsstaat.



- 9) Drastische Reduktion der legalen Einwanderungsquoten.
- 10) Reduktion der Familienzusammenführung (nur noch engste Familienmitglieder).
- 11) Ende der ›Diversity Lottery‹.

### ***Lösungsvorschläge der Einwanderungsbefürworter:***

Als radikalster Vorschlag der Einwanderungsbefürworter mag der von Tamar Jacoby, Mitglied des libertären Cato Institute gelten. Sie schlägt vor:

- 1) Die Beibehaltung, den Ausbau und eine bessere Regelung der gegenwärtigen Einwanderungskontingente.
- 2) Die überhöhten Ausgaben für Grenzsicherung reduzieren und zur Bekämpfung des realen Terrorismus einsetzen.
- 3) Zeitlich begrenzte Visen für ungelernte Arbeiter (H-2A und H-2B) bereitstellen.
- 4) Wegfall aller Arbeitnehmersanktionen.
- 5) Widerruf der Begrenzung der H-1B Visen für qualifizierte Berufe.
- 6) Wiedereinführung der 245 (i) Regelung, die es Besuchern (und Illegalen) erlaubt, ihren Status zu ›adjustieren‹, soweit es das Recht erlaubt.
- 7) Zahl der Asylgenehmigungen sollte drastisch erhöht werden.

Dazwischen liegen Vorschläge wie die von Kennedy/McCain oder von Arlen Specter, verabschiedet im Senat am 25. Mai 2006 (Inhalt unter Wikipedia S. 2611), die eine Mischung aus restriktiven Maßnahmen (Grenzsicherung, Arbeitgebersanktionen) und den pragmatischen Maßnahmen (Staatsbürgerschaftserwerb für ›Illegale‹, Gastarbeiterprogramme) vorschlagen. Für diesen letzten Entwurf hat sich auch das Weiße Haus stark gemacht (Chertoff 2007; Gutierrez 2007; Weisman 2007). Die Reise von Präsident Bush in die Schlüsselstaaten Mittel- und Südamerikas, die am 14. März 2007 in Mexiko abschloss, diente auch der Beruhigung der hemisphärischen Irritationen in der Einwanderungsfrage.

### **7. Ausblick**

Präsident Bush hatte bereits mit dem vorherigen mexikanischen Präsidenten Vincente Fox im Sommer 2001 eine Art Strategie für die Bearbeitung der illegalen Einwanderung gefunden. »Matching willing workers with willing employers« war die gemeinsame Devise. Dann machte 9/11 einen Strich durch die Rechnung (Ostendorf 2005). Bei seinem Besuch in Mexiko versuchte Bush, die Wogen des anti-amerikanischen Unmuts zu glätten, indem er eine



Lösung der Einwanderungsproblematik bis August 2007 in Aussicht stellte. Dies war sicherlich auch ein Versuch des geschwächten Präsidenten, Druck auf den zerstrittenen Kongress auszuüben. Der aktuelle mexikanische Präsident Felipe Calderon, ein klassischer Neoliberaler, der Bush eigentlich ideologisch nahe steht, kritisierte in deutlicher Sprache den Bau der Grenzanlagen, die er mit der Berliner Mauer verglich, wie auch jeglichen Versuch, den freien Personenverkehr zu stoppen. Weiter ging es ihm darum, den Schutz jener mexikanische Bauern, die vom Mais und Bohnenanbau leben, vor der amerikanischen Übermacht über das nächste Jahr hinaus, in dem diese Schutzmaßnahmen auslaufen, zu verlängern. Beide versicherten, dass ihre Bemühungen, die mexikanische Wirtschaft zu beleben, fortgesetzt werden sollten. In einem Brief an beide Präsidenten hatte die Gouverneurin von Arizona, Janet Napolitano, Mexiko davor gewarnt, den Arbeitsmarkt der USA als Ventil für unterlassene Reformen zu missbrauchen. Calderon, der mit einer denkbar kleinen Mehrheit gegen seinen linken Kontrahenten Andrés Manuel López Obrador gewonnen hatte, unterließ jedoch jede Kritik an Hugo Chavez, den linken populistischen Präsidenten Venezuelas, die Bush allzu gerne von ihm vernommen hätte.

Es gilt als wahrscheinlich, dass im 110ten Kongress eine überparteiliche Mischform in Anlehnung an die Kennedy/McCain Bill schließlich beide Häuser passieren könnte. Für eine solche Lösung spricht sich auch der Report einer unabhängigen, überparteilich besetzten ›Task Force‹ über Einwanderung und die Zukunft Amerikas aus (Abrahams/Hamilton 2006). Präsident Bush hat einen neuen Vorschlag vorgelegt, der aus vier Elementen besteht. Erstens die Sicherung der Grenze; zweitens eine bessere Durchsetzung der Einwanderungsgesetzgebung, insbesondere der Arbeitgebersanktionen; drittens ein zeitlich begrenztes Programm für Gastarbeiter, die allerdings ein Visum zum Preis von 3.500 Dollar erwerben müssen, das alle drei Jahre erneuert werden kann; viertens ›Illegale‹, die legalisiert werden wollen, müssen zunächst in die Heimat zurückkehren, um nach Zahlung einer Strafe von 10.000 Dollar einen Antrag auf LPR-Status zu stellen (wobei völlig unklar bleibt, ob diesem Antrag stattgegeben wird). Um eine überparteiliche Entscheidung herbeizuführen, muss Präsident Bush mindestens 70 Republikanische Mitglieder im Repräsentantenhaus und Senat von seinem Reformvorschlag überzeugen (Weisman 2007). Es wird allerdings nicht leicht sein, einen überparteilichen Kompromiss zu finden, da die Meinungen gerade im zuständigen Komitee (›Judiciary's Subcommittee on Immigration, Citizenship, Refugees, Border Security and International Law‹) diametral auseinander gehen. Vor allem die öffentlich und kontrovers diskutierte Frage einer Amnestie für die im Lande befindlichen ›Illegalen‹ wird der größte Stolperstein dieser überparteilichen Reform bleiben (Edsall 2007; Weismann 2007).



## Eine Auswahl der umfassenden Literatur

**Abraham, Spencer/Hamilton, Lee H. (2006)**, *Immigration and America's Future. A New Chapter. Report of the independent task force on immigration and America's future*, Migration Policy Institute, Washington.

**Aizenman, N.C. (2007)**, »Pleading to Stay a Family. Raids on Illegal Immigrants Have Their U.S.-Born Children fearing Separation – and Some Are Lobbying Capitol Hill«, in: *The Washington Post*, 2.2., S. A01.

**Alba, Richard (1996)**, »How relevant is assimilation?«, in: *IMIS-Beiträge*, H. 4, Osnabrück.

**Anderson, Stuart/ Platzer, Michaela (2006)**, *American Made. The Impact of Immigrant Entrepreneurs and Professionals on U.S. Competitiveness*, November, [http://www.nvca.org/pdf/AmericanMade\\_study.pdf](http://www.nvca.org/pdf/AmericanMade_study.pdf).

**Anon (2007)**, »Escape from LA: Los Angeles is losing its illegal immigrants. That's bad news«, in: *The Economist*, 29.3.

**Anon (2003)**, »American politics: A Portrait in Red and Blue«, in: *The Economist*, 30.12.

**Anon (1996)**, »The Down-Sizing of America«, in: *The New York Times*, 3.–9.3.

**Appadurai, Arjun (1990)**, »Disjuncture and Difference in the Global Cultural Economy«, in: *Public Culture* 2, Spring, S. 1–24.

**Appleby, Kevin J. (2007)**, »Toward Immigration Reform«, in: *America*, 196. March, 10, S. 10–13.

**Ders. (2006)**, *Towards a Comprehensive Immigration Policy*, International Relations Center (IRC), 20.3., <http://americas.irc-online.org/am/316>.

**Barry, Tom (2005)**, *Immigration Debate: Politics, Ideologies of Anti-Immigration Forces*, IRC, 17.6., <http://americas.irc-online.org/reports/2005/0506ideologies.html>.

**Ders. (2005)**, *Whose Side Are You On? The Immigration Debate*, 1.6., <http://rightweb.irc-online.org/analysis/2005/0506immig.php>.

**Borjas, George J.**, *Immigration. The Concise Encyclopedia of Economics*, <http://www.econlib.org/LIBRARY/Enc/Immigration.html>.

**Brand, Horst (2007)**, »The Roots of Insecurity. Why American Workers are Losing Out«, in: *Dissent*, Winter, S. 70–76.

**Brimelow, Peter (1996)**, *Alien Nation. Common Sense about America's Immigration Disaster*, New York.

**Brinkmann, Ulrich u.a. (2006)**, »Prekarität und Migration – eine Annäherung«, in: Friedrich Ebert Stiftung (Hg.), *Prekäre Arbeit – Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse*, Bonn, S. 42–53.



**Brooks, David (2001)**, *Bobos In Paradise: The New Upper Class and How They Got There*, New York.

**Card, David (2005)**, *Is the New Immigration Really So Bad?*, Department of Economics UC Berkeley, January, <http://www.phil.frb.org/econ/conf/immigration/card.pdf>.

**Chertoff, Michael (2007)**, *Statement of the Honorable Michael Chertoff Secretary U.S. Department of Homeland Security Before the United States Senate Judiciary Committee*, 28.2., [http://www.shusterman.com/cgi-bin/ex-link.pl?judiciary.senate.gov/testimony.cfm?id=2555&wit\\_id=66](http://www.shusterman.com/cgi-bin/ex-link.pl?judiciary.senate.gov/testimony.cfm?id=2555&wit_id=66).

**Congressional Budget Office (2006)**, *Immigration Policy in the United States*, February.

**Cornyn, John/ Kyl, John**, *Comprehensive Enforcement & Immigration Reform Act of 2005*, <http://thomas.loc.gov/cgi-bin/query/z?c109:S.1438>.

**Crook, Clive (2006)**, »The Benefits of Brutality«, in: *The Atlantic Monthly*, 297. May, 4, S. 38–39.

**Daniels, Roger (2006)**, »Immigration to the United States in the Twentieth Century«, in: Bigsby, Christopher (Hg.), *The Cambridge Companion to Modern American Culture*, Cambridge, S. 73–95.

**Davidow, Jeffrey Ambassador**, *Immigration – the United States and Mexico*, <http://www.mexidata.info/id350.html>.

**Davis, Mike (2006)**, *Planet of Slums. A Surplus Humanity?*, London/New York.

**Dreher, Sabine (2007)**, *Neoliberalism and Migration: An Inquiry into the Politics of Globalization*, Münster.

**Editorial (2007)**, »They Are America«, in: *The New York Times*, 18.2.

**Edsall, Thomas B. (2007)**, »Border Politics«, in: *National Journal*, 10.2., S. 26–32.

**Faiola, Anthony (2007)**, »Looking the Other Way on Immigrants. Some Cities Buck Federal Policies«, in: *The Washington Post*, 10.4., S. A01.

**Fears, Darryl (2007)**, »Conservatives Decry Terror Laws' Impact on Refugees«, in: *The Washington Post*, 8.1., S. A03.

**Fonte, John (2005)**, *Anti-Assimilation on the Home Front*, 21.9., [www.realdemocracy.com/ldvstp4.htm](http://www.realdemocracy.com/ldvstp4.htm).

**Franklin, Benjamin (1962)**, »Observations Concerning the Increase of Mankind«, in: Labaree, Leonard W. u.a. (Hg.): *The Papers of Benjamin Franklin*, New Haven, S. 225–234.

**Frosch, Dan (2007)**, »Inmates will replace wary migrants in Colorado fields«, in: *The New York Times*, 4.3., [www.nytimes.com/2007/03/04](http://www.nytimes.com/2007/03/04).

**Gelatt, Julia (2006)**, »Elections Improve Odds for Immigration Reform in 2007«, in: *Migration Information Source*, 1.12., [www.migrationinformation.org/Usfocus/print.cfm?ID=547](http://www.migrationinformation.org/Usfocus/print.cfm?ID=547).



**Dies. (2006)**, »Senate Approves Scaled-Back Immigration Bill, President Calls for National Guard on Border«, in: *Migration Information Source*, 1.6., [www.migrationinformation.org/Usfocus/print.cfm?ID=405](http://www.migrationinformation.org/Usfocus/print.cfm?ID=405).

**Gillespie, Nick u.a. (2006)**, »Immigration Now, Immigration Tomorrow, Immigration Forever«, in: *Reason*, 38. August/September, 4, S. 30–51.

**Grell, Britta**, *Gibt es einen Paradigmenwechsel in der US-amerikanischen Einwanderung?*, Heinrich Böll Stiftung, [http://www.migration-boell.de/web/migration/46\\_683.asp](http://www.migration-boell.de/web/migration/46_683.asp).

**Griffith, David/Griffith, Craig (2006)**, *American Guestworkers: Jamaicans and Mexicans in the U.S. Labor Market*, Pennsylvania State University Press.

**Griswold, Daniel (2003)**, *Cato Handbook for Congress. Policy Recommendations for the 108th Congress: 63. Immigration*, Cato Institute, Washington, January, <http://www.cato.org/pubs/handbook/handbook108.html>.

**Ders. (2002)**, *Willing Workers. Fixing the Problem of Illegal Mexican Migration to the United States*, Center for Trade Policy Studies, Washington, 15.10., <http://www.free-trade.org/pubs/pas/tpa-019.pdf>.

**Gutierrez, Carlos (2007)**, *Testimony of Carlos M. Gutierrez, Secretary of Commerce, Before the Senate Judiciary Committee*, 28.2., [http://judiciary.senate.gov/testimony.cfm?id=2555&wit\\_id=66](http://judiciary.senate.gov/testimony.cfm?id=2555&wit_id=66).

**Hanson, Victor David (2003)**, *Mexifornia. A State of Becoming*, New York.

**Harvey, David (2005)**, *A Brief History of Neoliberalism*, New York.

**Head, Simon (2003)**, *The new ruthless economy. Work & power in the digital age*, Oxford.

**Hernandez, Tanya K. (2007)**, »Roots of Latino/black anger. Longtime prejudices, not economic rivalry, fuel tensions«, in: *Los Angeles Times*, 7.1.

**Hochschild, Arlie Russell (2001)**, »Global Care Chains and Emotional Surplus Value«, in: Hutton, Will/Giddens, Anthony (Hg.): *On the edge. Living with global capitalism*, London, S. 130–146.

**Dies. (2000)**, »The Global Nanny Chain«, in: *The American Prospect*, 11. Iss. 4.

**International Organization for Migration**, *About Migration*, [www.iom.int/Jahia/cache/offonce/pid/3;jsessionid=5C5F59E5CB57FA99](http://www.iom.int/Jahia/cache/offonce/pid/3;jsessionid=5C5F59E5CB57FA99).

**Jacoby, Tamar (2006)**, »Immigration Nation«, in: *Foreign Affairs*, November/December.

**Ders. (2006)**, »Immigration Realism«, in: *National Review Online*, 2.8., <http://article.nationalreview.com/print/>.

**Kennedy, Edward/McCain, John**, *Secure America & Orderly Immigration Act of 2005*, <http://www.shusterman.com/cgi-bin/ex-link.pl?thomas.loc.gov/cgi-bin/query/z?c109:S.1033>.

**Kochhar, Rakesh (2005)**, *The Economic Transition to America (Survey of Mexican Migrants, Part III)*, PEW Hispanic Center, Washington, 12.12., <http://pewhispanic.org/files/reports/58.pdf>.



**Lamm, Richard**, *I have a plan to destroy America*, <http://www.snopes.com/politics/soapbox/lamm.asp>.

**Lochhead, Carolyn (2006)**, »A Legacy of the Unforseen«, in: *San Francisco Chronicle/SFGate*, 7.5.

**Lowenstein, Roger (2006)**, »The Immigration Equation: Do illegal immigrants take jobs? Expand the economy? Drag down wages? Create opportunity?«, in: *New York Times Magazine*, 9.7., S. 36–42, 69–71.

**Martin, Philip (2007)**, »Be My Guest Worker«, in: *The American Interest*, January/February, S. 32–41.

**Massey, Douglas S. (2005)**, »Five Myths about Immigration: Common Misconceptions Underlying U.S. Border-Enforcement Policy«, in: *Immigration Policy in Focus*, 4, [http://www.aifl.org/ipc/infocus/2005\\_fivemyths.pdf](http://www.aifl.org/ipc/infocus/2005_fivemyths.pdf).

**Ders. (2005)**, »Backfire at the Border. Why Enforcement without Legalization Cannot Stop Illegal Immigration«, Center for Trade Policy Studies (Hg.): *Trade Policy Analysis*, 29, 13.6., <http://www.free-trade.org/pubs/pas/tpa-029.pdf>.

**Ders./Taylor, Edward J. (Hg.) (2004)**, *International Migration: Prospects and Policies in a Global Market*, Oxford.

**McCarty, Nolan/Poole, Keith T./Rosenthal, Howard (2006)**, *Polarized America. The Dance of Ideology and Unequal Riches*, Cambridge.

**McConahay, Mary Jo (2006)**, »What the War on Terror Has Done to Texas«, in: *Texas Observer*, 25.9., [www.alternet.org/story/41968/](http://www.alternet.org/story/41968/).

**McKay, Ramah (2003)**, »Family Reunification«, in: *Migration Information Source*, 1.5., [www.migrationinformation.org/Feature/print.cfm?ID=122](http://www.migrationinformation.org/Feature/print.cfm?ID=122).

**McKinley, James C. Jr. (2007)**, »Tougher Tactics Deter Migrants at U.S. Border«, in: *The New York Times*, 21.2., <http://www.nytimes.com/2007/02/21/world/americas/21border.html?>

**McMahon, Robert (2007)**, *The 110th Congress and Immigration Reform*, (Council on Foreign Relations Background), 13.2., [www.cfr.org/publication/12628/](http://www.cfr.org/publication/12628/).

**Mollenkopf, John (2006)**, »Integrating the Immigrant Second Generation in New York City«, in: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hg.): *Globale Migration am Beginn des 21. Jahrhunderts: Eine Welt ohne Grenzen?*, Berlin, S. 49–57.

**Moore, David M. (2005)**, *Public Ambivalent about New Immigrants*, The Gallup Organization, 7.7., <http://www.gallup.com/content/?ci=17206>.

**Nazgol, Ghandnoosh/Waldinger, Roger (2006)**, »Strangeness at the Gates: The Peculiar Politics of American Immigration«, in: *International Migration Review*, 40. 3, S. 719 – 734.

**Ngai, Mae (2004)**, *Impossible Subjects: Illegal Aliens and the Making of Modern America*, Princeton.

**Ostendorf, Berndt (2005)**, »What do you mean 'we', white man? Samuel Huntington und die Krise der mexikanischen Einwanderung«, in: *IMIS-Beiträge*, H. 27, Osnabrück, S. 25–52.



**Ders. (2002)**, »Transnationalism or the Fading of Borders«, in: ders. (Hg.), *Transnationalism: The Fading of Borders in the Western Hemisphere*, Heidelberg, S. 1–21.

**Papademetriou, Demetrios G. (2004)**, *Statement of Dr. Demetrios G. Papademetriou, President, Migration Policy Institute, before the Senate Foreign Relations Committee: US & Mexico Immigration Policy & Bilateral Relationship*, 23.3.,

[http://www.migrationpolicy.org/research/papademetriou\\_032304.pdf](http://www.migrationpolicy.org/research/papademetriou_032304.pdf).

**Ders. (2003)**, *Managing Migration for Everyone: The 21st Century Challenge*, OpenDemocracy, 25. 11., <http://www.openDemocracy.net>.

**Passel, Jeffrey S. (2005)**, *Unauthorized Migrants: Numbers and Characteristics*, PEW Hispanic Center, Washington, 14.6., <http://www.pewhispanic.org>.

**Payan, Tony (2006)**, *The Three U.S.-Mexico Border Wars: Drugs, Immigration, and homeland Security*, Westport (Conn.).

**PEW Hispanic Center (2006)**, *Modes of Entry for the Unauthorized Migrant Population*, 22.5., <http://pewhispanic.org/factsheets/factsheet.php?FactsheetID=19>.

**Poe, Rodolfo (2006)**, *Understanding Immigration Today. Casa de la Paz, Chiapas, Chapulin Oaxaca*, <http://www.chiapaspeacehouse.org/en/node/371>.

**Rieff, David (2006)**, »Nuevo Catholics«, in: *The New York Times*, 24.12., <http://www.nytimes.com/2006/12/24/magazine>.

**Rytina, Nancy F. (2004)**, *Estimates of the Legal Permanent Resident Population and Population Eligible to Naturalized in 2002*, U.S. Department of Homeland Security, Office of Immigration Statistics, Mai.

**Simon, Julian L. (1998)**, »Are there Grounds for Limiting Immigration?«, in: *Journal of Libertarian Studies*, 13. Summer, 2, S. 137–152.

**Smith, James P./Edmonston, Barry (Hg.) (1998)**, *The Immigration Debate: Studies on the Economic, Demographic and Fiscal Effect of Immigration*, National Science Foundation, Washington.

**Southern Poverty Law Center (2001)**, *Anti-Immigration Groups. Intelligence Report*, <http://www.splcenter.org/intel/intelreport/article.jsp?sid=175>.

**Suárez-Orozco, Marcelo M. (2006)**, »Stranger Anxieties. US Immigration and Its Discontents«, in: *Harvard International Review*, 7.12., <http://hir.harvard.edu/articles/print.php?article=1447>.

**Swarns, Rachel L. (26. Dezember 2006)**, »Bipartisan Effort to Draft Immigration Bill«, in: *The New York Times*, 26.12..

**Taylor, Jared (2002)**, »Twelve Years of American Renaissance«, in: *American Renaissance*, 13. November, 11, <http://www.amren.com/0211issue/0211issue.html>.

**Tichenor, David (2002)**, *Dividing Lines: The Politics of Immigration Control in America*, Princeton.



**Traub, Amy (2007)**, *Principles for an Immigration Policy to Strengthen and Expand the American Middle Class. A Primer for Policymakers and Advocates*, Drum Major Institute for Public Policy, <http://www.drummajorinstitute.org/pdfs/Immigrationpaper.pdf>.

**United States Conference of Catholic Bishops (2003)**, *A Pastoral Letter Concerning Migration from the Catholic Bishops of Mexico and the United States*, 22.1., <http://www.usccb.org/mrs/stranger.shtml>; <http://www.justiceforimmigrants.org/>.

**Waldinger, Roger/Lim, Nelson/Cort, David (2007)**, »Bad Jobs, Good Jobs, No Jobs? The Employment Experience of the 'New' Second Generation«, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 33. 1, S. 1–35.

**Waldinger, Roger (2006)**, »Immigration Reform: Too Hot to Handle«, in: *New Labor Forum*, 15. 2, S. 21–29.

**Ders. (2003)**, »The Sociology of Immigration: Second Thoughts and Reconsiderations«, in: Reitz, Jeffrey G. (Hg.), *Host Societies and the Reception of Immigrants*, Center for Comparative Immigration Studies, La Jolla (Cal.).

**Wayne, Cornelius A./Rosenblum, Marc R. (2004)**, *Immigration and Politics*, The Center for Comparative Immigration Studies, San Diego, October.

**Weismann, Jonathan (2007)**, »President Renewing Efforts on Immigration«, in: *The Washington Post*, 9.4., S. A01.

**White House (2004)**, *Fact Sheet: Fair and Secure Immigration Reform*, January <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2004/01/text/20040107-1.html>.

**Wikipedia**, *H.R. 4437*, [http://en.wikipedia.org/wiki/H.R.\\_4437](http://en.wikipedia.org/wiki/H.R._4437).

**Wikipedia**, *S. 2611*, [http://en.wikipedia.org/wiki/S.\\_2611](http://en.wikipedia.org/wiki/S._2611).

**Zolberg, Aristide (2006)**, *Nation by Design: Immigration Policy in the Fashioning of America*, Cambridge (Mass.).

\*\*\*\*\*

Bibliographische Hinweise zur Einwanderung in »Books for Understanding Immigration«:  
<http://aaupnet.org/news/bfu/immigration/list.html>

Books for Understanding Mexico: <http://aaupnet.org/news/bfu/mexico/list.html>